

JAHRESBERICHT 2022

BERATUNGSNETZWERK HESSEN

herausgegeben vom Demokratiezentrum Hessen



**GEMEINSAM
FÜR DEMOKRATIE
UND GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS**

IMPRESSUM

Jahresbericht 2022 des Beratungsnetzwerks
Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen
Rechtsextremismus

V.i.S.d.P. / Redaktion: Dr. Reiner Becker,
Gamze Damat, Gerolf Nittner

herausgegeben vom:
Demokratiezentrum Hessen
im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam
für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A
35032 Marburg
Tel.: 06421 - 28 21 110
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Web: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Auto-
ren außerhalb des Marburger Demokratiezentrum
für ihre Beiträge!

Hinweise: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen
keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-
FJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesell-
schaftliche Aufgaben (BAFzA) bzw. des Hessischen
Ministeriums des Innern und für Sport (HMdIS)
dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Au-
torin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die
Verantwortung.

Alle Textinhalte liegen ausdrücklich in der Verant-
wortlichkeit der jeweiligen Autorschaft, das gilt vor
allem für die namentlich gekennzeichneten Bei-
träge (wie im Kapitel „Aus der Praxis“). Gleiches
gilt auch für die Verwendung von geschlechtersen-

sibler Sprache bzw. deren ggf. nicht einheitliche un-
terschiedliche formale Kennzeichnung (Unterstrich,
Sternchen, Doppelpunkt, Schrägstrich etc.). Wir ha-
ben dazu bewusst keine Vorgaben gemacht, weil wir
der Ansicht sind, dass es jedem und jeder freigestellt
sein sollte, ob und wie er diese Thematik berücksich-
tigen und ausdrücken möchte. Eine offizielle ein-
heitliche oder gar verbindliche Sprachregelung zum
„Gendern“ dazu existiert derzeit nicht.

Gestaltung und Layout:
Heilmeyer und Sernau Gestaltung, Berlin

Gestaltung Beratungsnetzwerk-Logo:
KOMPAKTMEDIEN – Agentur für
Kommunikation GmbH

Bildnachweise:
Titelfoto (Ausschnitt): Gedenkveranstaltung zum
rassistischen Terroranschlag in Hanau 2020. Foto:
Adobe Stock pradeepthundiyil
S. 5: Christian Griese
S. 6: Adobe Stock © KOTO
S. 9: Adobe Stock © Stocksnapper
S. 28: Adobe Stock © Ajdin Kamber
S. 37: MBT Hessen
S. 46: Adobe Stock © alice_photo
S. 48: pixabay
S. 55: Adobe Stock © killykoon
S. 60: Adobe Stock © tibor13
S. 62: Adobe Stock © Nikola
S. 65: Adobe Stock © Sahrul Setiawan
alle übrigen Bilder, Skizzen, Tabellen und Grafiken
(sofern nicht anders gekennzeichnet):

© Demokratiezentrum Hessen, Stand: Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

IMPRESSUM	1
1. VORWORT	5
2. WER WIR SIND	6
3. DAS JAHR IN ZAHLEN 2022: Die Zäsur wurde zur Normalität	9
3.1 Beratung	12
3.1.1 Fast kaum Rückgang neuer Beratungsfälle trotz langer Prozessbegleitung in 2022	12
3.1.2 Aufwände der Beratungs- und Bildungsarbeit	13
3.1.3 Regionale Verteilung der Beratungen	14
3.1.4 Beratungsnehmer*innen	16
3.1.5 Gründe und Anlässe der Beratung	18
3.1.6 Art der Beratungsleistungen	20
3.2 Bildungs- und Präventionsangebote	21
3.2.1 Zielgruppen und Umfeld der Bildungsveranstaltungen	22
3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	24
3.2.3 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen	24
3.2.4 Regionale Verteilung nach Landkreisen	26
4. ÜBERBLICKSAUSWERTUNG DER MONITORING-BERICHTE 2022	28
5. NEUE ANLAUFSTELLE: RIAS HESSEN	34
6. AUS DER PRAXIS	37
6.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen, Kassel und Fulda	38
6.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt	40
6.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt	41
6.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus	42
6.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie	43
6.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)	44

1. VORWORT



Der Krieg in der Ukraine, die gesellschaftspolitischen Folgen der Pandemie, der besorgniserregende Klimawandel – es scheint, als ob sich verschiedene Konflikte und Krisen miteinander zu einer Polykrise verflechten, in der die Bewertung von „der Demokratie“ bei vielen Menschen immer skeptischer oder gar ablehnend ausfällt. Es sind gerade unsere Beratungsteams, die gewissermaßen im ‚Auge des Hurricanes‘ von gesellschaftlichen Entwicklungen stehen und dies zu spüren bekommen. Denn so abstrakt manche Krise erscheinen mag, so sehr konkretisiert sie sich in Vorfällen vor Ort.

Es sind heute nicht mehr die klassischen Organisationen des Rechtsextremismus allein, die aus ihrer Ideologie heraus das demokratische System ablehnen und bekämpfen; es sind neue heterogene Allianzen, die in Erscheinung treten und welche die Demokratie als Ganzes zunehmend in Zweifel ziehen – wie es z. B. die Querdenker-Szene gezeigt hat.

Krisen sind dadurch gekennzeichnet, dass bisherige Routinen nicht mehr funktionieren und sich althergebrachte Erfahrungsbestände nicht mehr als tragfähig erweisen, so der Soziologe Ulrich Oevermann. Krisen führen in dieser Lesart zu einer großen Unsicherheit. Krisen bieten aber auch die Chance,

neue Lösungen und Routinen zu entwickeln. Denn die Schwäche und Stärke von Demokratie zugleich ist, dass sie nie vollendet ist. In diesem Sinne ist etwa die Frage nach Anerkennung und politischer Teilhabe von unterschiedlichen Gruppen fester, permanenter Bestandteil moderner Demokratien – dies gilt auch für die Frage nach den demokratischen Prozessen zur gemeinsamen Bewältigung von Krisen.

Im Kleinen haben auch wir 2022 damit begonnen, uns z. B. mit der Frage nach dem möglichen Zusammenhang von „Klimakrise und Demokratiegefährdung“ auseinanderzusetzen; insbesondere mit Blick auf die Folgen für unsere Angebote der politischen Bildung und Beratung – Auftakt für einen umfanglicheren Prozess im Jahr 2023.

Für das Demokratiezentrum schließlich war 2022 ein bedeutendes Jahr, um die Wissensbasis zu erhöhen und um die weitere Professionalisierung der Beratung voranzutreiben: In unserem neuen Forschungs- und Weiterbildungsbereich „Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratiefeindlichkeit“ konnten wir mit dem weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ starten und drei Forschungsteilprojekte auf den Weg bringen: DemoGIS Hessen, vertiefende Analysen von dokumentierten Beratungsfällen sowie Forschungen zu Rassismus, z. B. im schulischen und außerschulischen Kontext.

Nun wünsche ich Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre. Wie immer gilt mein herzliches Dankeschön allen ehrenamtlich Engagierten und den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, unseren Partnern und Förderern von Bund und Land und auch sehr meinem Team des Demokratiezentrums in Marburg.

Dr. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

7. WAS GAB ES 2022 NEUES IM DEMOKRAZIEZENTRUM UND IM BERATUNGSNETZWERK HESSEN?	46
7.1 Bundesweit erstmalig: Weiterbildungsstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ an der Uni Marburg	47
7.2 Neuer landesweiter Forschungs- und Weiterbildungsbereich zu Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieförderung am Demokratiezentrum	48
7.3 „Extreme Zeiten“: Demokratiezentrum Hessen produziert neue Podcast-Reihe	49
7.4 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen mit neuem Internetauftritt	50
7.5 Lektion gelernt? Fachtagung im September sprach über Auswirkungen und Folgen der Anschläge von Halle und Hanau	50
7.6 Auch 2022 großes Interesse an Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“	51
7.7 Publikationen	52
7.7.1 Folder „Das Jahr in Zahlen 2021“ und ausführlicher Jahresbericht 2021	52
7.7.2. Neue Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“	53
7.7.3. Aus aktuellem Anlass: Flyer zur Beratung für Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten neu aufgelegt	54
8. VERNETZUNG – AUSTAUSCH – WEITERENTWICKLUNG	55
8.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen	56
8.2. Austausch bei Treffen der Mobilen Beratungsteams	57
8.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung	57
8.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen	58
8.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie“	58
8.6 Weitere Treffen	58
8.7 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität	59
9. FINANZIERUNG	60
10. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	62
11. ANHANG Die Mitglieder des Beratungsnetzwerks Hessen / Expertenpool	65

ÜBER DAS BERATUNGSNETZWERK UND DAS DEMOKRATIEZENTRUM HESSEN

Wie kann man Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und überhaupt Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit wirkungsvoll begegnen, Betroffenen helfen und diesen Phänomenen vorbeugen? Das ist zentrales Aufgabengebiet des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Denn rechtsextreme Stimmungen an einer Schule, rassistische Parolen am Stammtisch oder Arbeitsplatz, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien, zunehmende Hasstiraden im Internet, Handgreiflichkeiten gegen Geflüchtete oder ähnliche Vorfälle gehören zum Alltag in vielen deutschen Kommunen. Auch in Hessen. Um solche Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an.

Seit 2007 berät es hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen wie oben und bietet umfangreiche präventive Hilfe und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur an. Die Beratung ist professionell, qualifiziert, individuell zugeschnitten, vertraulich und kostenlos.

Im Beratungsnetzwerk Hessen kooperieren zahlreiche relevante staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit eingesetzte mobile Beraterinnen und Berater.

Dieser kooperative „Expertenpool“ besteht aus derzeit 52 Mitgliedern – von der Antifaschistischen Bildungsinitiative und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, dem Landesverband der jüdischen Gemeinden, dem Landesverband Hessen Deutscher Sinti und Roma über die hessische Jugendfeuerwehr und verschiedene Ministerien bis zur Sportjugend oder den Kirchen. Die eigentliche Beratungsarbeit vor Ort übernehmen fast 50 qualifizierte mobile Beraterinnen und Beratern in ganz Hessen.

Zentrale Anlauf-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks ist das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg (FB Erziehungswissenschaften) angesiedelt ist. Es vermittelt die Ansprechpartner vor Ort, koordiniert die Beratung, Vernetzung und Bildungs- und Präventionsmaßnahmen und dokumentiert die Arbeit des Beratungsnetzwerks Hessen. Zudem gibt es derzeit

2. WER WIR SIND

Die Aufgabenbereiche des Demokratiezentrums Hessen im Jahr 2022 skizziert die folgende Darstellung:

Unsere Träger der Beratung 2022 – gefördert durch das Demokratiezentrum Hessen

Mobile Beratung

- ▶ **Regionalstelle Nord:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Kassel
- ▶ **Regionalstelle Ost:** Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT), Fulda
- ▶ **Regionalstelle Süd:** Büro Darmstadt, Träger: jetzt! e. V.
- ▶ **Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe),** Frankfurt
- ▶ **Jetzt!** Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.

Opfer- und Betroffenenberatung

- ▶ **response** – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Distanzierungsberatung

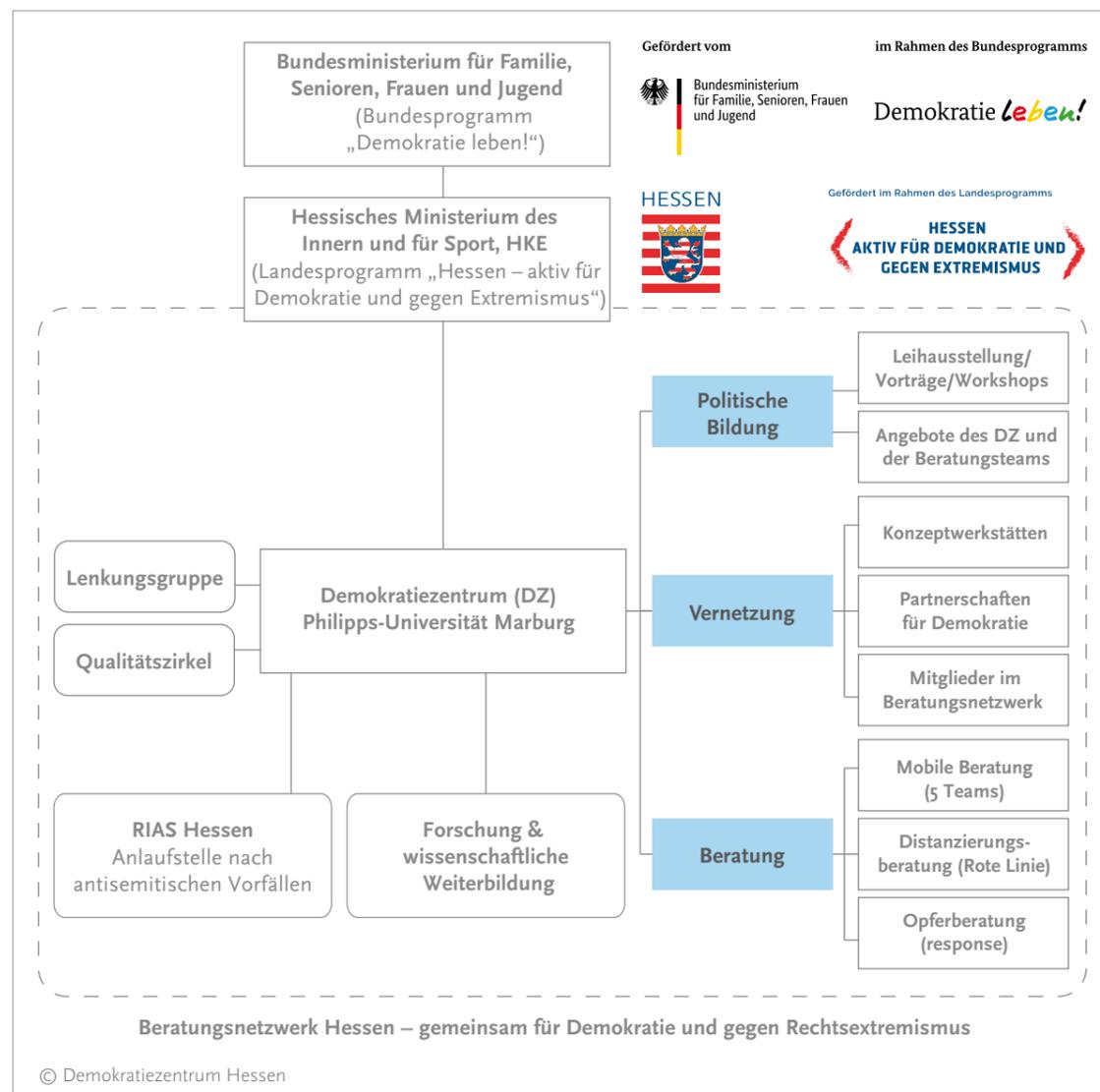
- ▶ **Rote Linie** – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

drei Regionalstellen: 2015 wurde eine Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilen Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel eingerichtet sowie 2016 die Regionalstelle Süd in Darmstadt, die seit Sommer 2021 in der Trägerschaft von „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.“ arbeitet. Seit 2022 gibt es zudem eine eigene, ebenfalls in der Verantwortung des MBT Hessen arbeitende Regionalstelle für Osthessen in Fulda.

Finanziert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) sowie durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport).

Internetadresse: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>

Aufbau und Strukturen des Beratungsnetzwerks Hessen und die beteiligten Institutionen und Zuständigkeiten zeigt das folgende aktuelle Organigramm (Stand: 2023):



3. DAS JAHR IN ZAHLEN 2022: DIE ZÄSUR WURDE ZUR NORMALITÄT

Ein Krieg, der zehntausende Menschen in die Flucht trieb, brachte das Thema „Flucht“ und „Antislawismus“ auf die Tagesordnung, Querdenker*innen und rechte Esoteriker*innen verorteten sich neu auf dem Feld der Verschwörungsideologien und entdeckten das Thema „Klimawandel“ für sich: Man kann 2022 eigentlich nicht von neuen oder alten Herausforderungen sprechen, da sich unterschiedliche Ereignisse und Problemfelder miteinander verbanden. Vielleicht deswegen, vielleicht aber auch aus der Gewohnheit heraus, das Bekannte im Unbekannten überzubetonen, entstand eine fast reflexhafte Vereinfachung, wer in welcher Weise zum Zerfall der Demokratie beitragen würde. So schienen Demonstrationen bezüglich gestiegener Lebenshaltungs- und Energiekosten medial eine zeitlang nur unter dem Gesichtspunkt der Demokratiefeindlichkeit verhandelt werden zu können. Daneben gibt es Kontinuitäten, die, obwohl sie ein friedliches Miteinander unmöglich machen, teilweise immer noch in Zweifel gestellt werden. Dazu gehören Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und andere menschenfeindliche Phänomene, die traurigerweise aus dem Alltag nicht wegzudenken sind, gerade aus dem Alltag der Betroffenen.

Rassismus spiegelt sich leider weiterhin vermehrt als eines der größten Problemfelder in den Beratungsfällen des Beratungsnetzwerks wider. Auch 2022 blieb der rechtsterroristische und rassistische Anschlag von Hanau ein zentrales Thema in der Beratungs- und Bildungsarbeit. Die Betroffenen von Hanau wurden weiterhin begleitet. Mit einigen von ihnen und mit weiteren Akteuren aus Hanau wurde gemeinsam die Frage nach einer besseren Präventionsarbeit gestellt. Mit dem Deutschen Jugendinstitut DJI entstand hier die Idee einer Studie, die sowohl den Anschlag von Halle 2019 als auch den von Hanau 2020 unter der Frage „Lessons learnt?“ zum Gegenstand hat; am 15. und 16. September 2022 wurden in Butzbach im Rahmen einer Tagung erste Ergebnisse präsentiert. 2022 hat auch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen ihre Arbeit in der Trägerschaft des Demokratiezentrum auf-

genommen, die eine Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige von Betroffenen und Zeug*innen von Antisemitismus ist. RIAS Hessen arbeitet dabei mit der Betroffenenberatungsstelle OFEK e.V. zusammen, an die bei Bedarf verwiesen wird. Zusammen mit den Monitoringberichten, der mobilen Beratung und der Betroffenenberatung des Beratungsnetzwerk Hessens hat sich eine Struktur entwickelt, die breitflächig antisemitische Vorkommnisse in Hessen recherchiert, dokumentiert, aber auch berät und dazu aufklärt.

Den insgesamt 52 Mitgliedern ziviler und staatlicher Organisationen des Beratungsnetzwerks Hessen, den 49 Berater*innen sowie den 38 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: Januar 2023) gelang es 2022, trotz aller Einschränkungen, welche die Pandemie mit sich brachte, effektiv weiterzuarbeiten.

Zum Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Ziel des Beratungsnetzwerks Hessen ist es, Hilfesuchende – betroffene Einzelpersonen, Schulen, Eltern, Familienangehörige, Kommunen und Vereine – in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Rassismus kostenlos und aufsuchend zu beraten. Seit 2015 ist es außerdem zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Prävention bzw. Demokratieförderung und Bildung bezüglich Rechtsextremismus und bietet dazu verschiedene Veranstaltungsformate an.

Im Beratungsnetzwerk kooperieren zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen sowie landesweit tätige mobile Berater*innen, um gemeinsam rechtsextremistischen Bestrebungen zu begegnen und die Demokratie zu stärken. Als koordinierende Fach- und Geschäftsstelle fungiert das Demokratiezentrum Hessen, das an der Philipps-Universität Marburg angegliedert ist. Gefördert wird die Arbeit des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessens durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“.

Seit der Gründung des Netzwerks 2007 wurden insgesamt 1.960 Beratungsfälle und 889 Bildungs- und Präventionsmaßnahmen¹ registriert. Hinzu kamen zahlreiche Veranstaltungen der lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (PFD) in hessischen Kommunen, die ebenfalls ein zentraler Teil der Vernetzung in Hessen sind.

Zum methodischen Vorgehen

Der folgende Überblick über die Beratungs- und Bildungsarbeit² des Beratungsnetzwerks im Jahr 2022 basiert auf der wissenschaftlichen Auswertung der fortlaufenden und anonymisierten Dokumentation aller Beratungs- und Bildungsprozesse durch das Demokratiezentrum Hessen. 2018 wurde das Verfahren

zur Dokumentation von Beratungsfällen grundlegend überarbeitet: Das System wurde dem des Deutschen Jugendinstituts angepasst, das im Auftrag des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bundesweit die Beratungsfälle erfasst und dokumentiert. Berater*innen erfassen und kategorisieren Beratungsfälle und Bildungsangebote nach eigens standardisierten Verfahren und pflegen diese in eine einheitliche Datenbank ein. Da Rechtsextremismus ein dynamisches Feld ist und „idealtypische“ Fälle und Verläufe selten in der Praxis vorkommen, werden einige dieser Fälle unter „Sonstiges“ gefasst, da sie zwar Überschneidungen mit bestehenden Kategorien haben, aber keine eindeutig zutrifft. Um auch diese transparent zu machen, werden in diesem Bericht einige der Fälle exemplarisch genannt.

- 1 dokumentierte Fälle von 2009–2022
- 2 Die in der Vergangenheit verwendete Formulierung „Prävention“ für die zweite Aufgabensäule des Beratungsnetzwerks wurde ergänzt durch den Begriff „Bildung“, da er die Betätigung und Angebote des Netzwerks eindeutiger und klarer bezeichnet, die in der Praxis nur z. T. einen nachweisbaren präventiven Charakter und „vorbeugende“ Funktion haben (können).

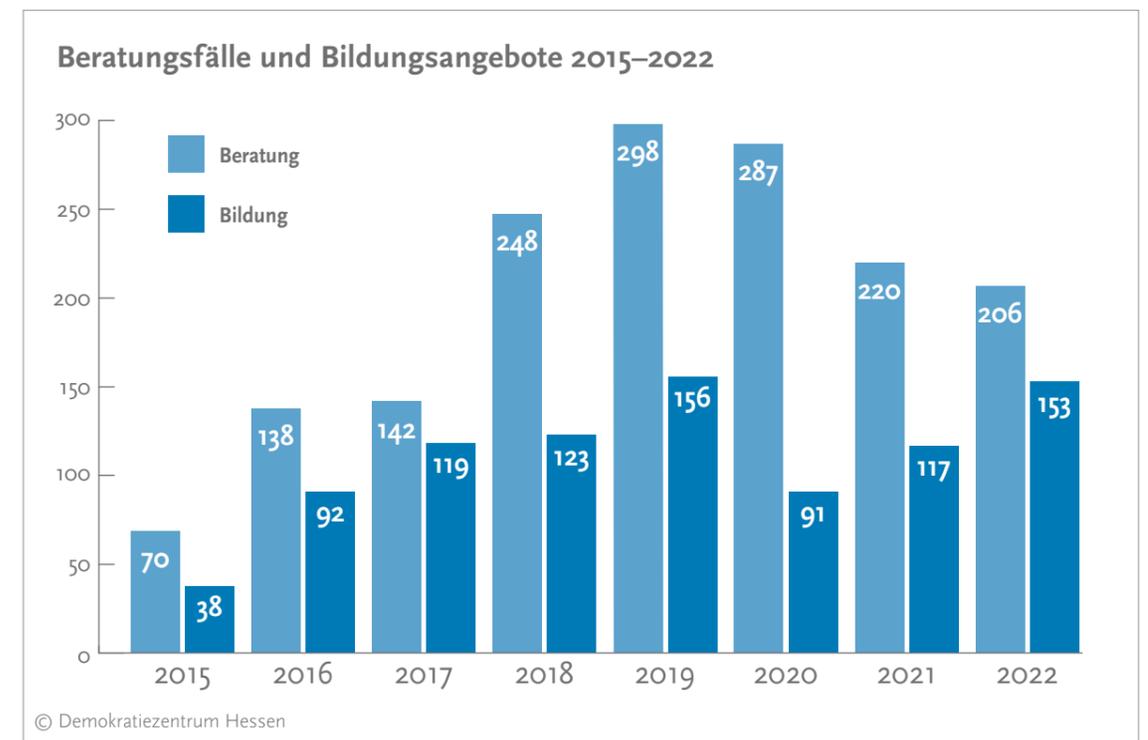


Abbildung 1: Vergleich der Zahlen der Beratungs- und Bildungsangebote von 2015–2022

3.1 Beratung

Die Beratungsbedarfe sind sehr unterschiedlich und umfassen eine große Spannweite gesellschaftlich akuter Problemlagen. Die folgenden Anfragen des letzten Jahres sollen exemplarisch einige dieser Problemlagen illustrieren:

- Eine Beratungsnehmerin berichtet, dass in ihrem Arbeitsumfeld eine Person antisemitische Bilder in einem sozialen Netzwerk teilt. Sie fragt nach einer Einschätzung und wie sie reagieren kann.
- Ein Beratungsnehmer beschwert sich über rassistische Diskriminierung während seiner Ausbildung, woraufhin ihm die weitere Teilnahme verweigert wird. Wie kann er mit dieser Situation umgehen, welche Möglichkeiten bestehen?
- Eine Familie wird von einem Nachbarn antiziganistisch diskriminiert und eingeschüchtert. Es werden rechtliche Möglichkeiten besprochen, aber auch eigene Strategien des Umgangs.

- Eine Person nimmt bei einem Bekannten im Freundeskreis eine zunehmende Beschäftigung mit verschwörungsideologischen Inhalten wahr. Wie ist die Situation einzuordnen, was kann sie tun?
- Eine Schule will gemeinsam mit Berater*innen einen Handlungsleitfaden für Lehrkräfte erstellen, damit rechtsextremer Affinisierung bei Schüler*innen frühzeitig begegnet werden kann.

Das sind nur einige von vielen unterschiedlichen Beispielen und Fragen, warum sich Menschen 2022 an das Beratungsnetzwerk wandten. In allen Fällen ging es darum, den Hilfesuchenden vor Ort direkt, schnell, professionell und vertraulich sowie kostenfrei Rat und Unterstützung zu geben.

3.1.1 Fast kaum Rückgang neuer Beratungsfälle trotz langer Prozessbegleitung in 2022

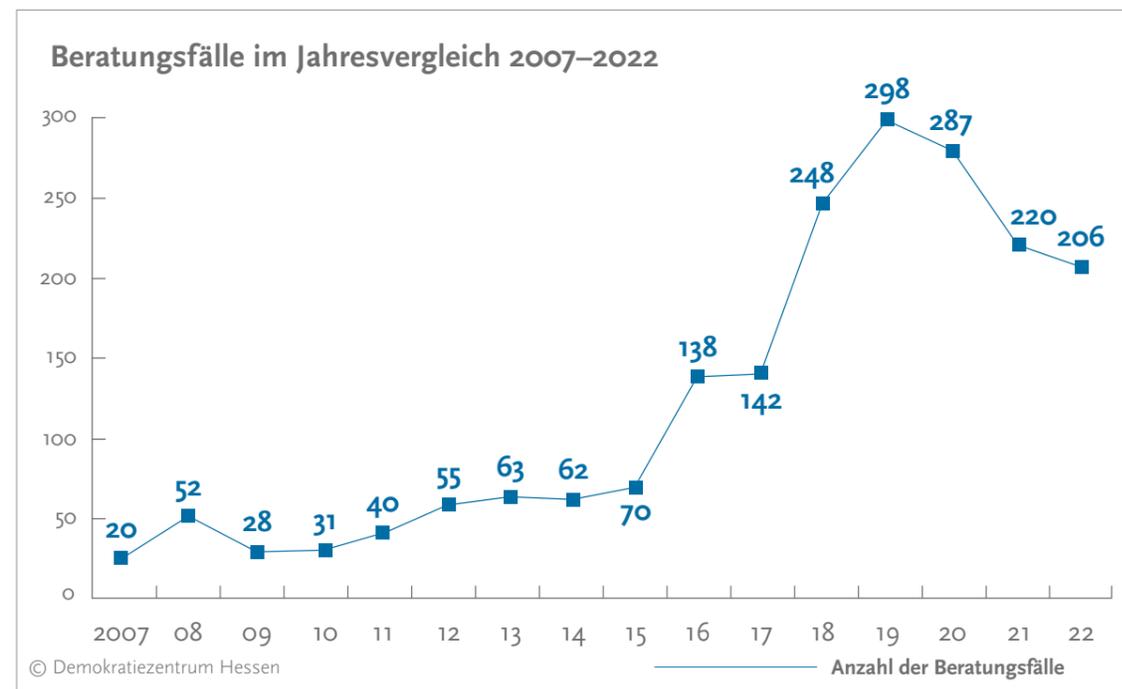


Abbildung 2: Beratungsfälle im Jahresvergleich 2007–2022

2022 wurde das Beratungsnetzwerk Hessen in insgesamt neuen 206 Fällen für eine Beratung angefragt, das sind 6 % weniger als im Vorjahr, jedoch ist zu beachten, dass seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau und dem Beginn der Coronapandemie viele Beratungen über Jahre stattfinden, allein aus dem Jahr 2021 werden 78 Beratungen fortgeführt (Stand März 2023). Seit 2009 wird ein kontinuierlicher Anstieg der Beratungszahlen registriert: 2016 betrug die Zahl der Beratungsfälle 70, 2017 stieg sie bereits auf 142 sowie 2018

auf 248 an, 2019 waren es 298 und 2020 – durch die Coronapandemie leicht rückgängig – 287³ Fälle. An den Zahlen lassen sich nicht immer die aufgewandten Ressourcen ablesen, jedoch enthalten sie politische Umbrüche, gesellschaftliche Ereignisse und Herausforderungen, die man ableiten kann. Jeder eingetragene Beratungsfall kann daher ein längeres Telefonat, aber auch eine kontinuierliche Begleitung über Monate und ggf. Jahre bedeuten.

³ Die Fallzahlen im Bereich Beratung wurden für 2019, 2020 und 2021 aufgrund nachträglicher Dokumentationen für diesen Jahresbericht korrigiert.

3.1.2 Aufwände der Beratungs- und Bildungsarbeit

Beispiele:

- Der Verein Jetzt! e. V. berät seit Februar 2022 fortlaufend zivilgesellschaftlich engagierte Menschen, die in ihrer Stadt der rechtsextremen Mobilisierung, die im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen und den erforderlichen Änderungen durch den Klimawandel entstand, etwas entgegenstellen wollen. Im Laufe der Beratung, die bis heute andauert, kommen immer mehr Akteur*innen hinzu.
- Das hessische Team der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) unterstützt Institutionen bei der Organisationsentwicklung und berät u. a. in Fragen Antidiskriminierung und Demokratieförderung. Das Team hat für allein drei ihrer Fälle 13 Beratungen durchgeführt, mehrere schriftliche Expertisen verfasst und eine Präsenzveranstaltung gehalten.

Exemplarisch wird hieran sichtbar, was sich statistisch hinter einer „1“ verbirgt. Ein einstündiges Beratungsgespräch wird ebenso als Beratungsfall gezählt wie ein langjähriger Beratungsprozess mit seiner Vielzahl von einzelnen Beratungen. Und obschon die Beziehungsarbeit als ein wesentliches Merkmal der professionellen Beratungsarbeit gilt, stehen die Beratungsteams nicht außerhalb gesellschaftlichen Geschehens. Auch sie selbst arbeiteten teils unter erschwerten Bedingungen während der pandemiebedingten Kontaktreduktion. Ebenso sind sie nicht unberührt vom Schicksal Betroffener, die sie beraten, oder von den Themen, zu denen sie referieren und vortragen. „Ressource“ und „Fall“ heißt daher auch immer komplexes zwischenmenschliches und biographisches Geschehen.

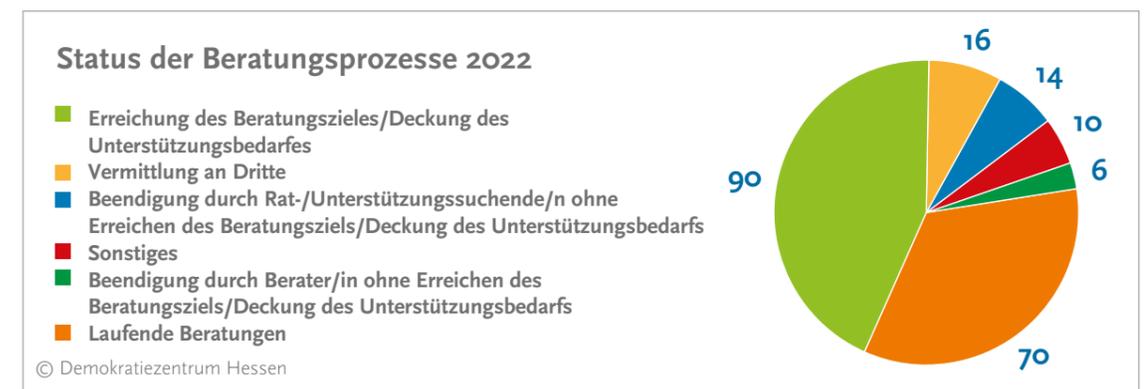
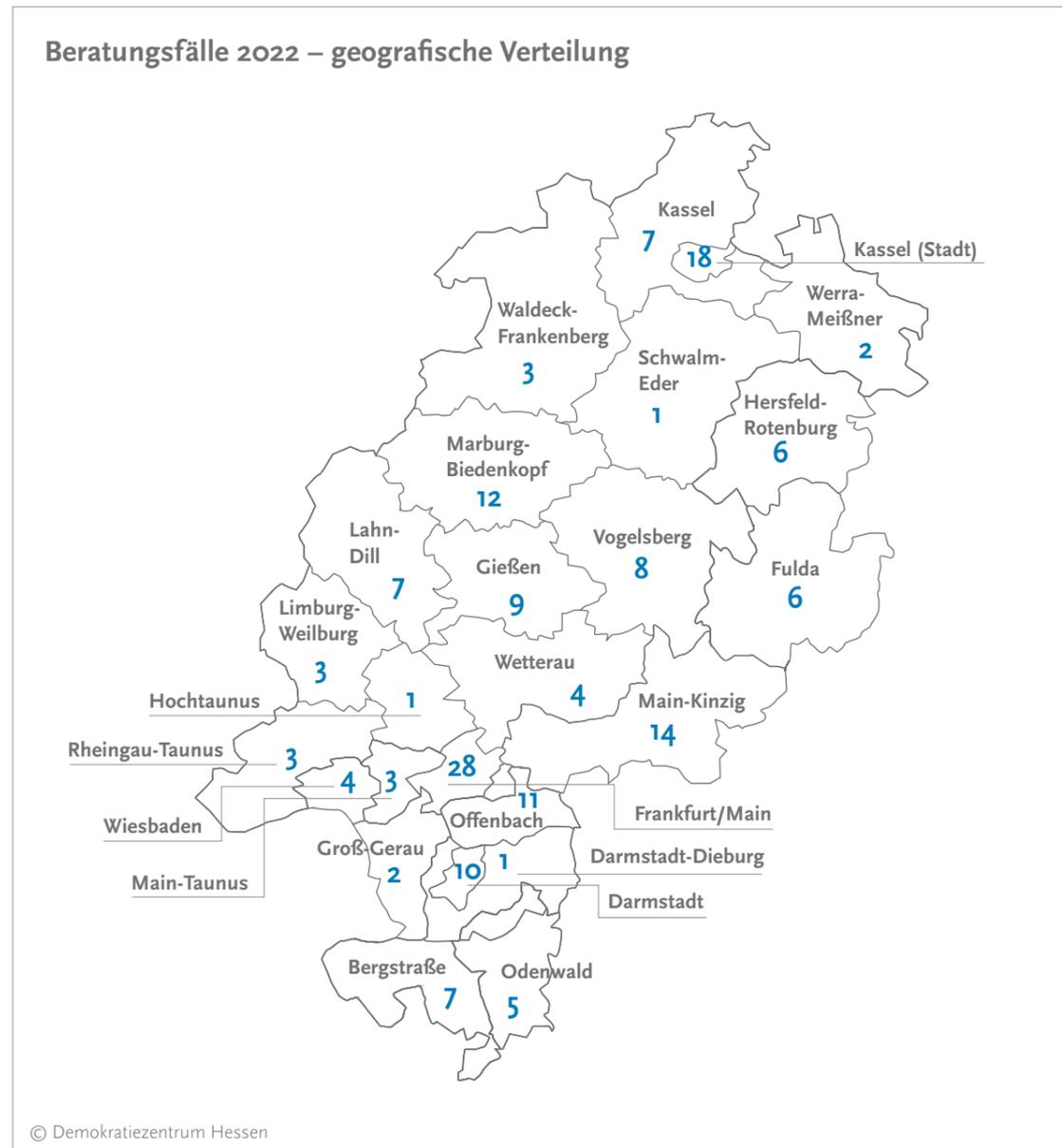


Abbildung 3: Status der Beratungsprozesse 2022 (N=206)

90 Beratungsfälle wurden im vergangenen Jahr mit der Erreichung des Beratungsziels, 16 mit der Vermittlung an Dritte beendet, einige wurden ohne Ergebnis von Seiten der Beratungsnehmer*innen oder Berater*innen abgeschlossen, 70 Beratungen werden fortgeführt.

Insgesamt waren die Berater*innen des Beratungsnetzwerks Hessen zwischen der Gründung Anfang 2007 und Ende 2022 hessenweit 1.960 Mal im Einsatz, um Menschen in Fällen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit und Diskriminierung zu beraten.

3.1.3 Regionale Verteilung der Beratungen



Karte 1: Beratungsfälle 2022 pro Landkreis in absoluten Zahlen, 14 Fälle wurden landkreisübergreifend beraten, 17 aus Gründen des erweiterten Datenschutzes anonym (N=206)

Ein Blick auf die Verteilung der Beratungsfälle nach Landkreisen zeigt, dass das Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks Hessen grundsätzlich in ganz Hessen wahrgenommen wird. Doch immer gilt der folgende Hinweis: Die Zahlen zeigen nicht unbedingt die tatsächliche Belastung durch Rechtsextremismus, Gewalt und menschenfeindliche Diskriminierung in einem Landkreis an; die Verteilung spiegelt zunächst nur wider, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe beim Beratungsnetzwerk Hessen holen. Hohe Zahlen in den einzelnen Landkreisen lassen ggf. auch auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung sowie den höheren Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerk Hessen schließen. Wie auch in den letzten Jahren gab es eine hohe Beratungsdichte in Südhessen und Nordhessen, vor allem in Frankfurt, Kassel und im Main-Kinzig-Kreis. In Frankfurt und Kassel ist vor allem die Betroffenenberatung „response“ tätig, die u. a. seit dem

rechtsterroristischen Anschlag in Hanau (Main-Kinzig-Kreis) intensive Unterstützung bietet. Die Berater*innen des MBT Kassel sind stark in Kassel und Nordhessen und die der Regionalstelle Süd vor allem landkreisübergreifend in Südhessen tätig. Die pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus „Rote Linie“ beriet 2022 hauptsächlich in Mittelhessen. Die Berater*innen der Regionalstelle Ost haben viele Anfragen aus den Landkreisen Vogelsberg und Main-Kinzig bearbeitet.

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2022 die meisten Beratungen in einem mittelstädtischen Kontext statt, dann in kleineren Großstädten und Kleinstädten. In den dörflichen Umfeldern gab es seit 2021 einen Anstieg, waren es das Jahr zuvor nur insgesamt 4 Beratungen, sind es 2022 bereits 11 gewesen. Siehe Tab.1:

Auf welchen geografischen Kontext bezog sich die Beratung/Unterstützung überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	58
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	36
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	32
große Großstadt (ab 500.000 EW)	29
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	12
bundesländerübergreifend	10
kreisgebietsübergreifend	10
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	6
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	6
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	5
Sonstiges	2

Tabelle 1: Verteilung der Beratungsfälle 2022 nach Ortsgröße (N=206)

3.1.4 Beratungsnehmer*innen

Die Kategorien zur Erfassung und Dokumentation von Beratungsfällen ermöglichen auch einen detaillierteren Blick auf die Gruppe der Beratungsnehmer*innen. Demnach suchten hauptsächlich Betroffene und Einzelpersonen (30,2 %, 2021: 33,3 %)

die Beratung auf, danach Familienangehörige, deren Beratungsbedarf anstieg (10,7 %, 2021: 7,2 %), und pädagogische Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen (9,5 %, 2021: 8,2 %).

Auch die Beratungskontexte wurden eigens erhoben, d. h., worauf bezog sich die Beratung überwiegend? Im Jahr 2022 sind besonders Personen aus dem sozialen Nahraum (18,4 %, 2021: 16,6 %) beraten worden, gleichauf mit Schulen, deren Beratungs-

anteil ebenso 18,4 % ausmacht (2021: 15,2 %), gefolgt von der kommunalen Politik und Verwaltung (11,5 %). Die folgende Übersicht illustriert die sehr breit gefächerte und heterogene Beratungslandschaft 2022:



Abbildung 4: Wer wurde beraten? (Mehrfachnennungen möglich; N=279)

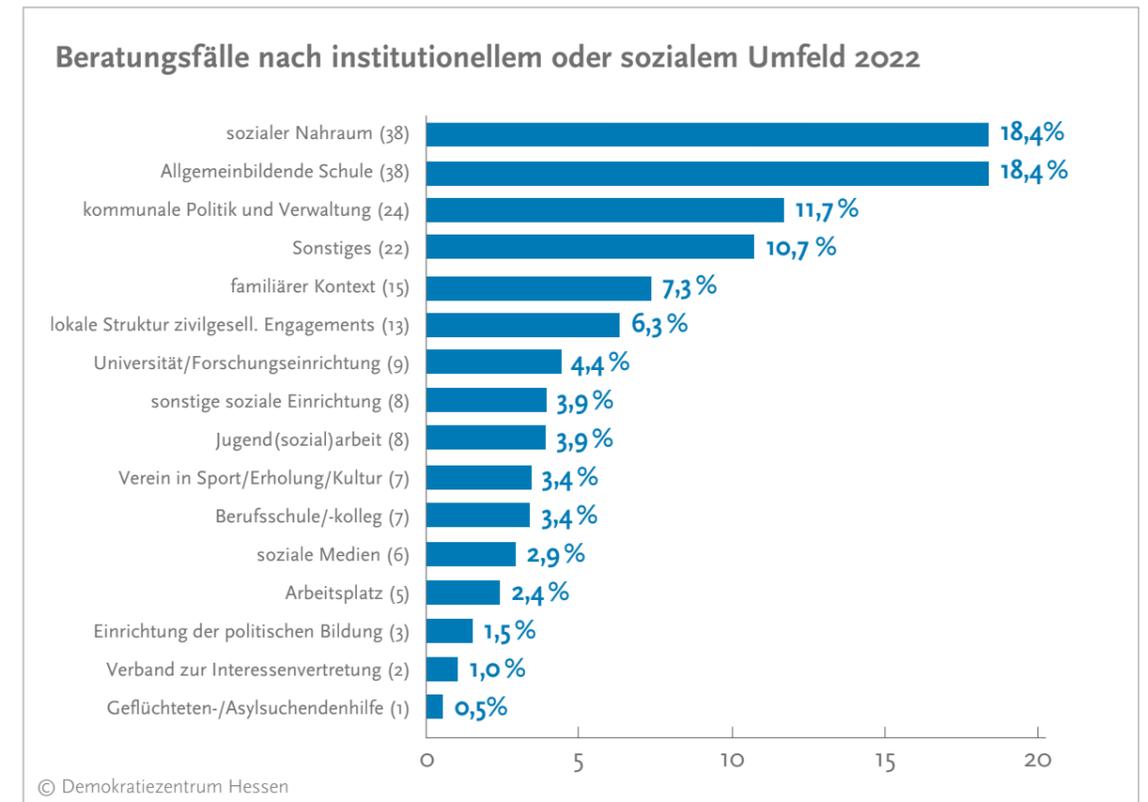


Abbildung 5: Institutioneller Bezug oder soziales Umfeld der Beratung (Einfachnennung; N=206)

3.1.5 Gründe und Anlässe der Beratung

Untersucht man die Anlässe für Beratungsanfragen näher, so können mithilfe des Dokumentationssystems zunächst unterschiedliche „Phänomenbereiche“ dargestellt werden, auf die sich die Beratung bezog. Es zeigt sich, dass vor allem Vorfälle vor dem Hintergrund von Rassismus⁴, Rechtsextremismus und Demokratiedistanz Anlass waren, warum Menschen 2022 beim Netzwerk um Rat suchten; gefolgt von Beratungsanfragen zum Thema Rechtspopulismus, Gruppenfeindliche Menschenfeindlichkeit (GMF), Antisemitismus und diverser anderer Phänomenen, die mit der GMF-Kategorie zusammengeführt worden ist. Unter „Andere Phänomene & Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ wurden die Beratungsfälle dokumentiert, die unterschiedliche Ideologien miteinander vereinen, aber die spezifi-

sche Dynamik der Ideologieausprägung in ihrer Erscheinungsform enthalten. Das darunter genannte häufigste Phänomen sind Verschwörungsideologien in unterschiedlichen sozialen Kontexten (innerhalb der Familie, des Bekanntenkreises etc.), Reichsbürger*innen, Querdenker*innen und rechte Esoterik. Weiter wurden darunter subsumiert Sexismus, Lookismus (Diskriminierung aufgrund des Aussehens), Hate Speech, Antislawismus, aber auch beispielsweise die Unterstützung bei Entwicklung von Leitbildern und Aufbau von Arbeitsstrukturen. Ein leichter Rückgang konnte im Bereich Rechtspopulismus verzeichnet werden (2021: 33 Fälle, 9,6 %), dafür eine stärkere Zunahme bei Demokratiedistanz (2021: 30, 9,6 %).

4 Die Kategorie „Einwanderungsfeindlichkeit“ wurde für die Auswertung in die Kategorie „Rassismus“ integriert, da die Unterscheidung in der Theorie und Praxis keine genügende Trennschärfe aufweist.

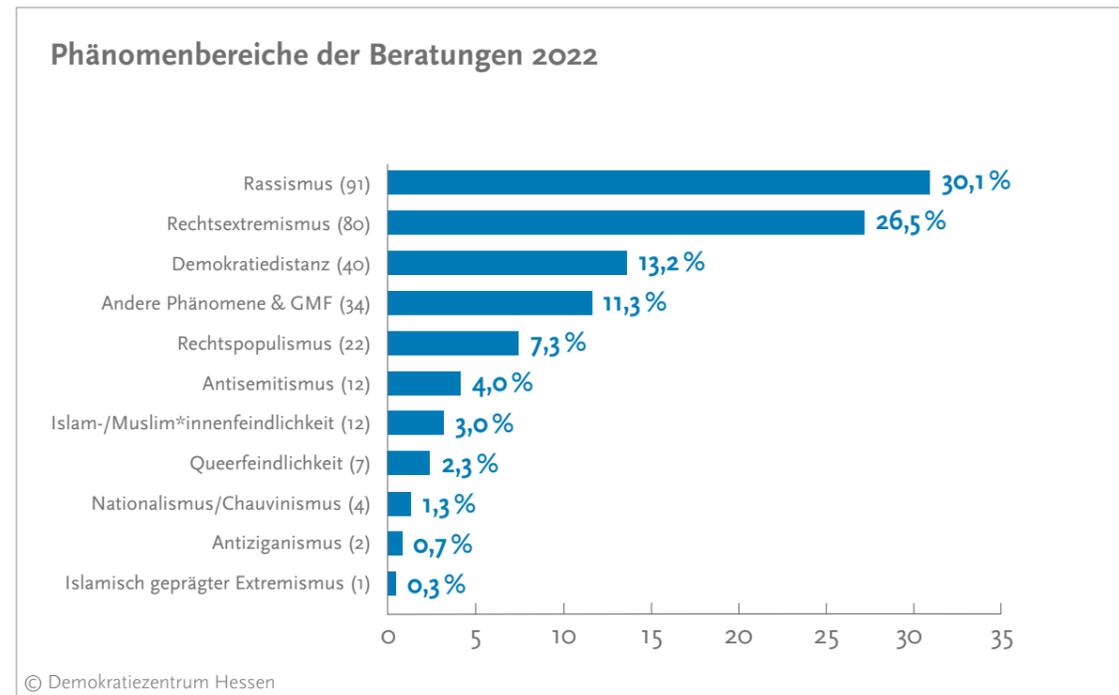


Abbildung 6: Phänomenbereich der Beratungsanfragen (Mehrfachnennungen möglich; N=302 bei 206 Beratungen)

Rassismus, Rechtsextremismus und die anderen genannten Phänomene, auf die sich die Beratungen hauptsächlich bezogen, zeigen sich im Alltag auf vielfältige Weise, entsprechend unterschiedlich waren auch die konkreten Themen bzw. Gegenstände, die zu einer Beratungsanfrage führten. Hier gab es keine großen Veränderungen: Es ist fast wie im Vorjahr geblieben, mit dem Unterschied, dass

2021 demokratisches Zusammenleben der häufigste übergeordnete Kontext der Beratungsanfragen war, 2022 hat Gewalt und Bedrohung prozentual den höchsten Anteil. Darunter waren die Anlässe der Beratung z. B. Querdenker*innen-Demos, Umgang mit Reichsbürger*innen und Verschwörungserzählungen bzgl. der Pandemie.



Abbildung 7: Hauptsächlicher Gegenstand der Beratungen 2022 (max. 2 Nennungen möglich; N=278 bei 206 Beratungen)

3.1.6 Art der Beratungsleistungen

Die Beratungsarbeit ist sehr vielfältig. Die unterschiedlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen des hessischen Beratungsnetzwerks wurden auch für 2022 standardisiert erfasst und verdeutlichen, wie facettenreich das Spektrum der unterschiedlichen eingesetzten Methoden für eine gelingende Beratung ist – vom klassischen Beratungsgespräch über Recherchen, Coachings bis hin zu Organisationsentwicklungsprozessen; siehe dazu folgende Tabelle:

Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen 2022	Anzahl
Beratungsgespräch	147
Auskunft/Informationsvermittlung	66
Entwicklung von Handlungsstrategien	27
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	21
Recherche/Lageeinschätzung	21
Verweisberatung	19
Organisationsentwicklung (z.B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	10
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	9
Projekt-/Maßnahmenentwicklung	8
Krisen-/Konfliktmanagement	7
Reflexion des Beratungs-/Unterstützungsprozesses	7
Koordination und Vernetzung	6
Coaching	4
(Konflikt-)Moderation	3
Sonstiges	3
Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Filmreihe) und Lobbying	1

Tabelle 2: Art der Beratungs- und Unterstützungsleistungen und Angebote 2022 (Mehrfachnennungen möglich; N=359 bei 206 Beratungen)

3.2 Bildungs- und Präventionsangebote

Während Beratungen anlassbezogen und prozessorientiert verlaufen, handelt es sich bei Bildungs- und Präventionsveranstaltungen oftmals um kurzzeitige und anlassunabhängige Angebote. So kann beispielsweise nach einem rechtsextremen Vorfall an einer Schule ein Fortbildungsworkshop für Lehrer*innen gezielt angefragt werden, die Beratungsteams können aber auch direkt von den unterschiedlichen Zielgruppen für eine Veranstaltung angefragt werden, ohne dass ein konkreter Vorfall Anlass für die Anfrage sein muss.

Seitdem im Jahr 2015 explizit auch Bildungs- und Präventionsangebote in das Aufgabenfeld des Beratungsnetzwerks aufgenommen wurden, ist deren Anzahl, mit Ausnahme des coronabedingten Einschnitts in den Jahren 2020 und 2021, kontinuierlich gestiegen. So kann für das Jahr 2022 mit 153 registrierten Präventions- und Bildungsveranstaltungen eine Zunahme um 23,5 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden.

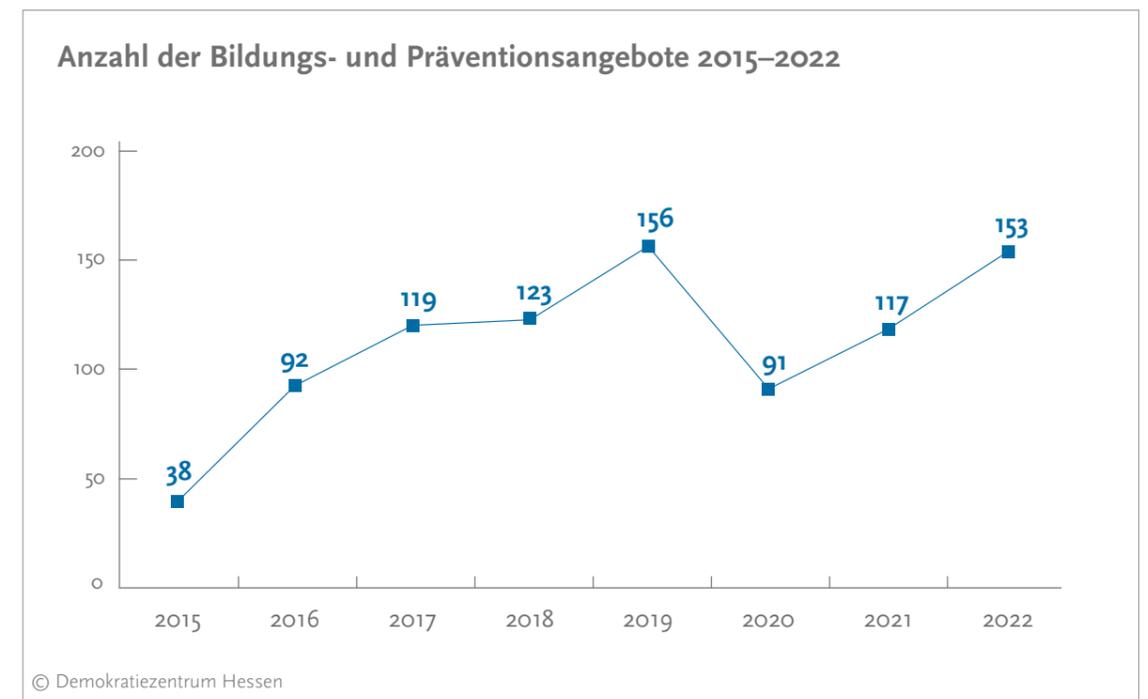


Abbildung 8: Erneuter Anstieg der Nachfrage nach Bildungs- und Präventionsveranstaltungen in 2022

3.2.1 Zielgruppen und Umfeld der Bildungsveranstaltungen

2022 gab es 153 Bildungs- und Präventionsveranstaltungen. Hauptsächlich Zielgruppe waren dabei (Berufs-)Schüler*innen und Studierende (17,7%), hier gab es eine Verdoppelung der Veranstaltungen (2021: 16, 8,5%), darauf folgten zivilgesellschaftliche Initiativen (14,1%), die einen prozentual niedrigeren Anteil als im Vorjahr, aber mehr Veranstaltungen im in 2022 hatten (2021: 29, 15,4%).

Einen deutlichen Anstieg der Anfragen gab es auch bei der Zielgruppe der pädagogischen Fachkräfte an allgemeinbildenden Schulen (12,3%), bei denen fast doppelt so viele Bildungsveranstaltungen wie in 2021 stattfanden (2021: 15, 8%). Dies hängt auch damit zusammen, dass 2022 die Schulen nach und nach wieder für externe Beratungs- und Bildungsveranstaltungen geöffnet wurden.

Die Erhebung des Bezugsrahmens der Bildungsveranstaltungen zeigt für 2022, dass besonders in den allgemeinbildenden Schulen (23,5%; 2021: 14,5%) wieder deutlich mehr Veranstaltungen stattfanden, ebenso bei zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (13,1%; 2021: 11,1%). Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen haben die

Veranstaltungsdichte von 2021 halten können, nachdem es von 2020 zu 2021 einen erheblichen Anstieg gab (2020: 7,7%, 7, 2021: 12,8%, 15, 2022: 10,5%, 16). Etwas abgenommen hat der Kontext der Jugend(sozial)arbeit (2,6%, 2021: 6,8%) und die der Vereine in Sport, Erholung und Kultur (1,3%, 2021: 5,1%).



Abbildung 9: Zielgruppen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 (Mehrfachnennungen möglich; N=220 bei 153 Veranstaltungen)



Abbildung 10: Institutionelles oder soziales Umfeld der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 (N=153)

3.2.2 Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Überwiegend wurden Fortbildungen, Workshops, Trainings und Schulungen durchgeführt, gefolgt von Informationsveranstaltungen, z. B. in Form von (zusätzlich digitalen) Vorträgen und Podiumsgesprächen und von anderen Formaten der Informationsvermittlung. Organisationsentwicklung, Coachings oder Reflexionsprozesse finden sich eher im Bereich der Beratung.

Art der Bildungs- und Präventionsveranstaltung(en) 2022	Anzahl
Durchführung von Fortbildungen/Workshops/Trainings/Schulungen	86
Durchführung von/Teilnahme an Informations-/Aufklärungsmaßnahmen/-veranstaltungen (z.B. Vortrag, Fach-/Podiumsgespräch)	43
Auskunft/Informationsvermittlung	26
Entwicklung von Handlungsstrategien	9
Projekt-/Maßnahmenentwicklung	4
Beratungsgespräch	3
(Konflikt-)Moderation	2
Koordination und Vernetzung	2
Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Filmreihe) und Lobbying	2
Recherche/Lageeinschätzung	2
Organisationsentwicklung (z.B. für Bürgerbündnisse/Netzwerke)	1

Tabelle 3: Bildungs- und Präventionsformate 2022 (Mehrfachnennungen möglich; N=180 bei 153 Veranstaltungen)

3.2.3 Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen

Wie im Vorjahr auch waren die in der Bildungs- und Präventionsbereich dominanten Phänomenbereiche im Jahr 2022 Rechtsextremismus (prozentual und in absoluten Zahlen) angestiegen im Vergleich zum Vorjahr 2021: 55 Veranstaltungen, 29,9 %, jetzt 72 und 30,5 %, Rassismus (prozentual und in absoluten Zahlen) angestiegen im Vergleich zum Vorjahr 2021: 41, 22,3 %, jetzt 68 und 28,8 %), Rechts-

populismus (in absoluten Zahlen gleichgeblieben, prozentual abgenommen im Vergleich zum Vorjahr 2021: 25, 13,6 %, jetzt 10,6 %). Antisemitismus war, ähnlich wie im Vorjahr, Thema bei 15 Veranstaltungen und einem Anteil von 6,4 % (2021: 14, 7,6 %), Queerfeindlichkeit als Thema war etwas öfter gefragt als im Vorjahr mit 7 Veranstaltungen und einem Anteil von 3,0 % (2021: 5, 2,7 %).

Phänomenbereiche der Bildungs- und Präventionsarbeit 2022

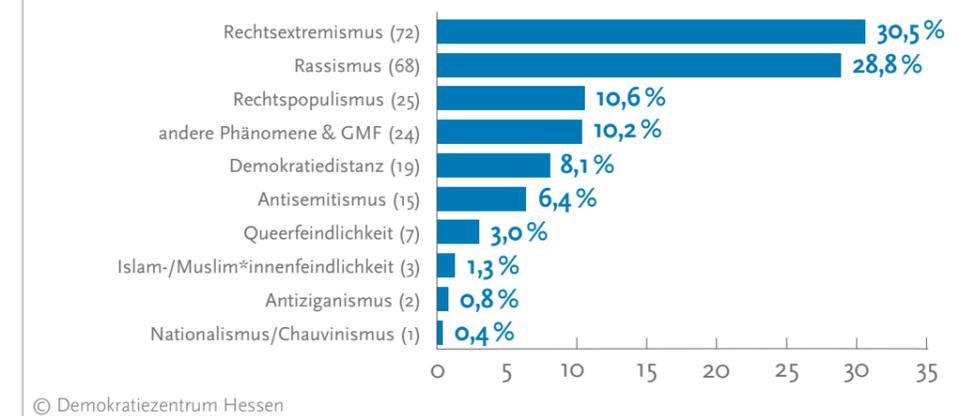


Abbildung 11: Phänomenbereiche der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 (Mehrfachnennungen möglich; N=236 bei 153 Veranstaltungen)

Auch letztes Jahr waren demokratisches Zusammenleben (22,8 %; 2021: 18,1 %), politische Bildung (18 %; 2021: 18,1 %) und politische Diskurskultur (12,1 %; 2021: 13,1 %) weit oben bei den Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen, und es gab eine Zunahme an Fällen in allen drei Bereichen (in absoluten Zahlen). Eine Abnahme gab es bei Veranstaltungen zu Hate Speech (2022: 8 Veranstaltungen, 3,9 %, 2021: 14, 8,8 %), jedoch eine Zunahme von Veranstaltungen

im Rahmen des Themas „individuelle politische Einstellungen“ (2022: 13, 6,3 %; 2021: 3, 1,9 %). Die Träger*innen dieser politischen Einstellungen waren in diesem Kontext Querdenker*innen, Reichsbürger*innen, rechte Esoteriker*innen und Verschwörungsideolog*innen. Ebenfalls gab es eine deutliche Zunahme bei Themen zu (jugendkulturellen) Szenen/Lebenswelten (2022: 21, 10,2 %, 2021: 9, 5,6 %), also mehr als doppelt so viel wie noch im Vorjahr.

Hauptsächlicher Gegenstand der Bildungs-/Präventionsarbeit 2022

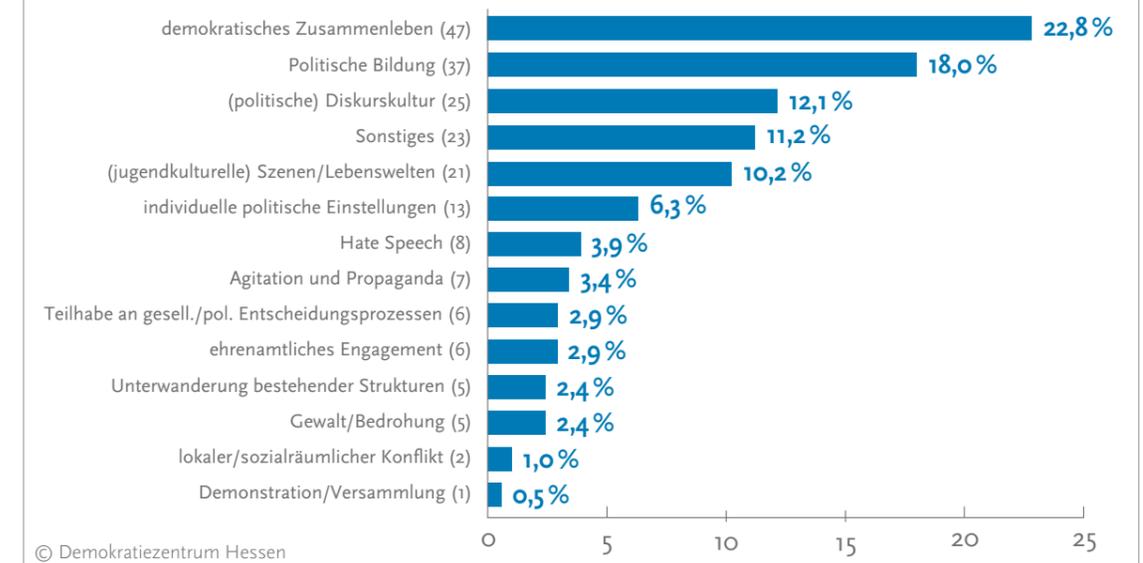


Abbildung 12: Themen der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 (max. 2 Nennungen möglich; N=206 bei 153 Veranstaltungen)

3.2.4 Regionale Verteilung nach Landkreisen

Die folgende Landkarte der Verteilung der Bildungs-, Informations- und Präventionsveranstaltungen 2022 zeigt, dass hessenweit nahezu flächendeckend Maßnahmen nachgefragt wurden, im Landkreis Vogelsberg, Main-Kinzig und Fulda z. B. bei der Regionalstelle Osthessen. Fast alle Beratungsteams haben

landkreisübergreifende (Online-)Bildungsveranstaltungen durchgeführt, sie machten 2022 den größten Anteil aus.

Nicht aufgeführt sind die zahlreichen Projekte der 38 hessischen „Partnerschaften für Demokratie“, z. B. in Waldeck-Frankenberg und im Main-Taunus-Kreis.

Auch der geografische Kontext bezüglich der Ortsgröße wurde in der Fall-Dokumentation näher erfasst. Demnach fanden 2022 die meisten Bildungs-, Informations- und Präventionsveranstaltungen in Mittelstädten und kreisgebietsübergreifend statt.

Zudem fragten viele kleinere Städte und Gemeinden die Präventions- und Bildungsveranstaltungen an. Gestiegen sind die Anfragen aus Großstädten (19 Veranstaltungen im Vergleich zu 13 in 2021).



Auf welchen geografischen Kontext bezogen sich die Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 überwiegend?	Anzahl
Mittelstadt (20.000 EW bis unter 100.000 EW)	49
kreisgebietsübergreifend	34
Kleinstadt (5.000 EW bis unter 20.000 EW)	17
(Land-)Kreis/Gemeindeverband	14
kleine Großstadt (100.000 EW bis unter 500.000 EW)	10
bundesländerübergreifend	9
große Großstadt (ab 500.000 EW)	9
Landgemeinde (1.000 EW bis unter 5.000 EW)	9
dörfliches Umfeld (200 bis 500 EW)	1
dörfliches Umfeld (500 bis 1.000 EW)	1

Tabelle 4: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen 2022 nach Ortsgröße (absolute Zahlen)

Karte 2: Verteilung der Bildungs- und Präventionsveranstaltungen nach Landkreisen (absolute Zahlen); 37 Angebote fanden landkreisübergreifend statt, 3 Veranstaltungen wurden keinem Landkreis zugeordnet

WEITERHIN AUFFÄLLIG: AKTIVITÄTEN IM REICHSBÜRGER- UND CORONA- PROTESTLER-MILIEU



MONITORING-BERICHT Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus in Hessen

Vorbemerkungen

Wo und wie macht sich die „rechte Szene“ in Hessen bemerkbar? Wann und wo gab es Vorfälle oder Hinweise auf rechtsextreme, rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Aktivitäten und Auffälligkeiten? Dazu stellt das Demokratiezentrum Hessen regelmäßig sogenannte Monitoring-Berichte zusammen, um permanent eine aktuelle Bestandsaufnahme von Vorfällen und Ereignissen im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus in Hessen sowie einen laufenden Überblick zu erhalten. Die Monitoring-Berichte dienen auch der täglichen Arbeit im Beratungsnetzwerk, um evtl. im Bedarfsfall auf Betroffene zuzugehen und ggf. Beratung anzubieten oder über die ermittelnden Polizeidienststellen und Sicherheitsbehörden den Betroffenen Informationen über weitere Angebote zukommen zu lassen.

Die chronologisch geordneten Monitoring-Berichte dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse in einem bestimmten (zweimonatlichen) Zeitraum im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechten Milieu sowie damit einhergehende antidemokratische und menschenfeindliche Vorfälle in Hessen und berücksichtigen z. B. Vorkommnisse und Meldungen im Bereich Rassismus und Antisemitismus sowie allgemein gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Hinzu kommt ein eigenes Kapitel mit Meldungen zu diesbezüglich erfolgten staatlichen Ermittlungen und Gerichtsprozessen.

Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen – wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken.

Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßi-

4. ÜBERBLICKS- AUSWERTUNG DER MONITORING- BERICHTE 2022

gen Abständen – in der Regel alle zwei Monate, sechs Mal im Jahr. Seit 2019 werden die Berichte, die nur als Online-Ausgaben erstellt werden (nicht als gedruckte Exemplare), regelmäßig auch auf der Website des Demokratiezentrum der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

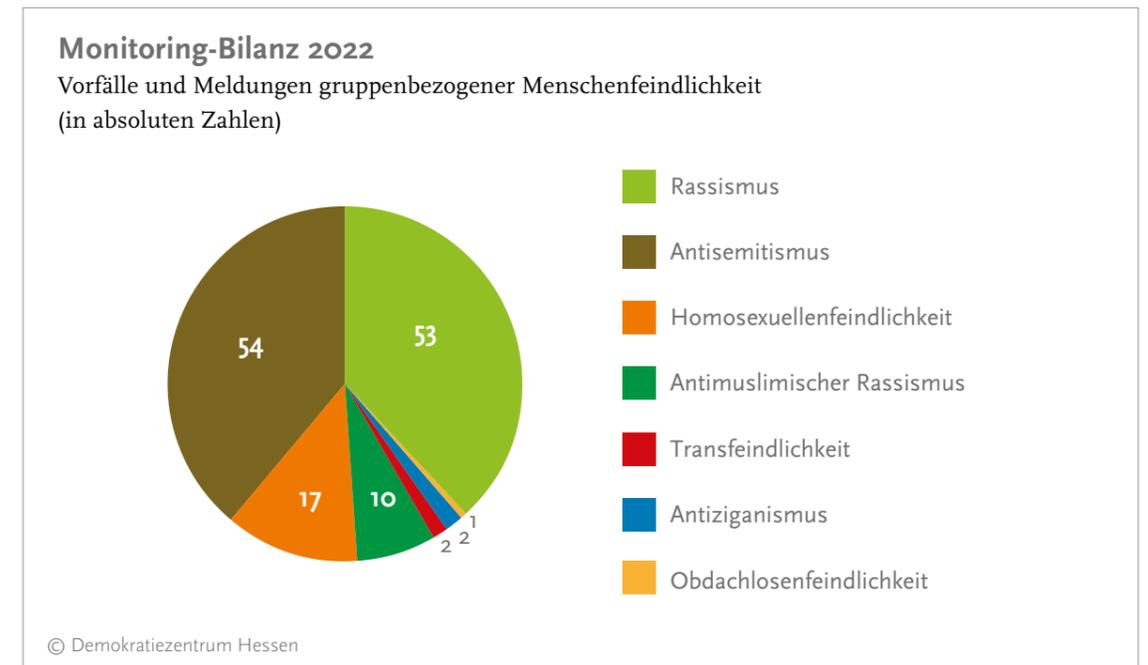
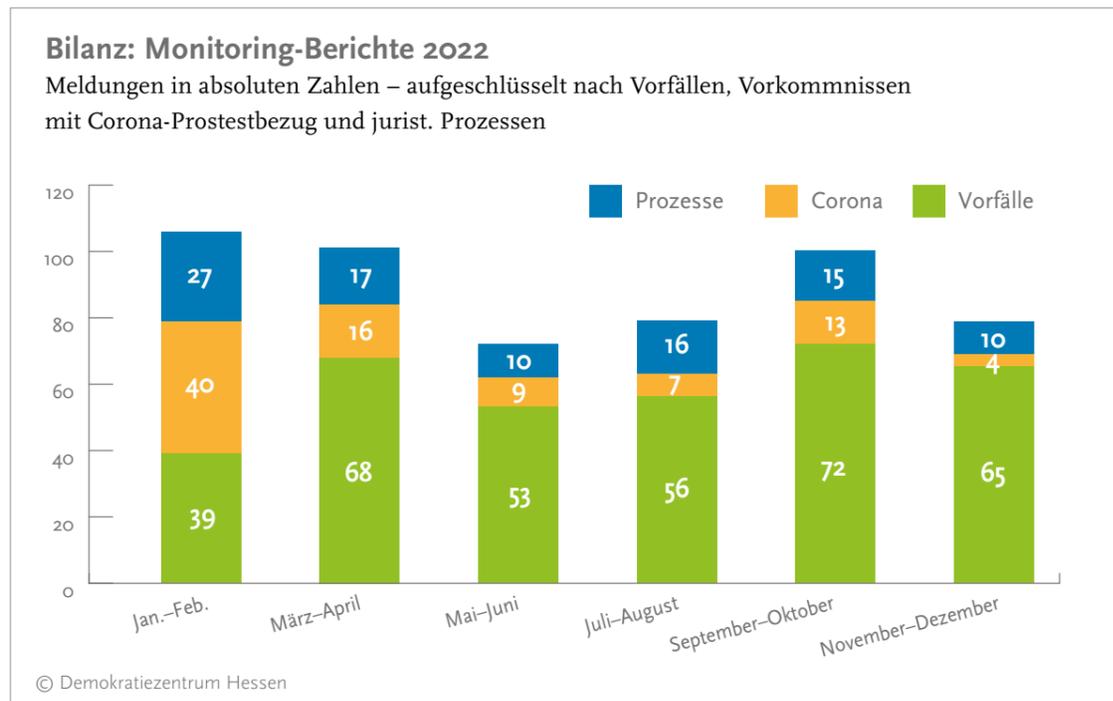
Recherchiert und erstellt werden die Monitoring-Berichte vom Frankfurter Medienbüro „achtsegl.org“ im Auftrag des Demokratiezentrum Hessen im „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für

Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Die verwendeten Quellen sind im jeweiligen Monitoring-Bericht unter bzw. neben den einzelnen Texten transparent und nachvollziehbar angegeben. Die Monitoring-Sammlungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit!

Hier nun eine zusammenfassende kurze Jahresbilanz unserer Monitoring-Berichte im Jahr 2022 mit den wichtigsten Eckpunkten:

Besonders auffällig waren 2022 die Versuche aus dem Reichsbürger-, aber auch Corona-Protestler-Milieu, an Immobilien zu kommen, um Lebens- und Versorgungsgemeinschaften zu entwickeln. Aus den radikalisierten Teilen des Corona-Protest-Milieus scheint es den Versuch einer Verstetigung ihrer Strukturen zu geben, über die Corona-Proteste hinaus. Auch Reichsbürger-Gruppierungen scheinen von dieser Entwicklung zu profitieren. Ein Teil des

radikalisierten Corona-Protest-Milieus scheint sich nicht rechten Parteien, sondern eher Reichsbürgergruppierungen zuzuwenden. Solche Projekte könnten laut hessischem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) die Gefahr bergen, dass Querdenker oder Reichsbürger, die die Bundesrepublik nicht anerkennen, sich immer mehr von der Außenwelt abschotten und weiter radikalieren könnten.



Überblick: Zahlen weisen auf Verstetigungsversuche und Radikalisierungsanzeichen im Reichsbürger- wie Querdenker-Milieu hin

In den sechs Monitoring-Berichten des Jahres 2022 wurden insgesamt 541 Meldungen erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine leichte Zunahme an Meldungen, 2021 hatte das Monitoring 526 Meldungen umfasst. Von den Meldungen im vorigen Jahr 2022 waren 442 zu rechten Aktivitäten oder Vorfällen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und 95 zu Prozessen oder Ermittlungen. 139 Vorfälle mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wurden in den Berichten 2022 erfasst: davon 54 antisemitische Vor-

fälle, 53 rassistische Vorfälle, 17 homosexuellenfeindliche Vorfälle, 10 Vorfälle mit antimuslimischem Rassismus, jeweils zwei antiziganistische und transfeindliche Vorfälle und ein obdachlosenfeindlicher Vorfall. Da das Monitoring nur öffentlich bekannt gewordene Vorfälle sowie Hinweise, die an die Redaktion gingen, erfassen kann, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, die unbeziffert und unbeachtet bleibt; zudem können die Berichte grundsätzlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Corona-Protestszenen

2022 wurden in den Monitoring-Berichten insgesamt 89 Vorfälle erfasst, die Bezug zu Gegner*innen der Maßnahmen in der Corona-Pandemie bzw. Impfgegner*innen hatten. Dabei wurden in den Berichten im Zusammenhang mit den Corona-Protesten ausschließlich rechtsextreme Aktivitäten oder Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erfasst. Allein 40 Meldungen gab es im Berichtszeitraum Januar und Februar. Dies ist vor allem auf die Protestform der nicht angemeldeten sogenannten „Spaziergänge“ zurückzuführen, die Ende 2021/Anfang 2022 ihren Höhepunkt hatten. Auf diesen „Spaziergängen“ gab es immer wieder antisemitische Vorfälle und sichtbar demonstrierte Reichsbürger-Symbolik. Im Laufe des Jahres gingen dann

sowohl die Anzahl der Proteste als auch die Teilnehmer*innenzahlen zurück. Bei vielen Protesten tauchten ab dem Frühjahr 2022 vermehrt Bezüge zum Ukraine-Krieg und zu steigenden Energiepreisen auf. Über die sozialen Medien der Corona-Protestszenen sowie von verschiedenen rechten Parteien und Gruppierung wurde eine Mobilisierung zu einem „heißen Herbst“ propagiert. Deren Mobilisierungswirkung blieb allerdings weit hinter der von den „Corona-Spaziergängen“ im Winter 2021/22 zurück. Zu einem diesbezüglich „heißen Herbst“ kam es nicht. Im Juni 2022 wurde bekannt, dass eine Gruppe aus der Corona-Protestszenen im Lahn-Dill- und Wetteraukreis plante, ein Siedlungsprojekt auf dem

Gelände eines ehemaligen Sanitätsdepots der Bundeswehr im Waldsolmsener Ortsteil Brandoberndorf zu gründen. Laut Angaben der Organisator*innen soll es etwa 100 Interessierte für das Projekt gegeben haben. Nach Medienberichten gründete sich dazu eine Genossenschaft Mitte Mai mit Beteiligten aus der Corona-Protestszene in Hessen und dem Umfeld der

Partei „Die Basis“, die aus den Anti-Corona-Protesten heraus entstanden war. Man wolle sich vom Rest der Gesellschaft autark und unabhängig machen, hieß es. Am 21. Juni 2022 beschloss die Gemeinde, eine Veränderungssperre für das Gelände der ehemaligen Kaserne zu beantragen, womit Bauanträge auf dem Areal verhindert werden können.

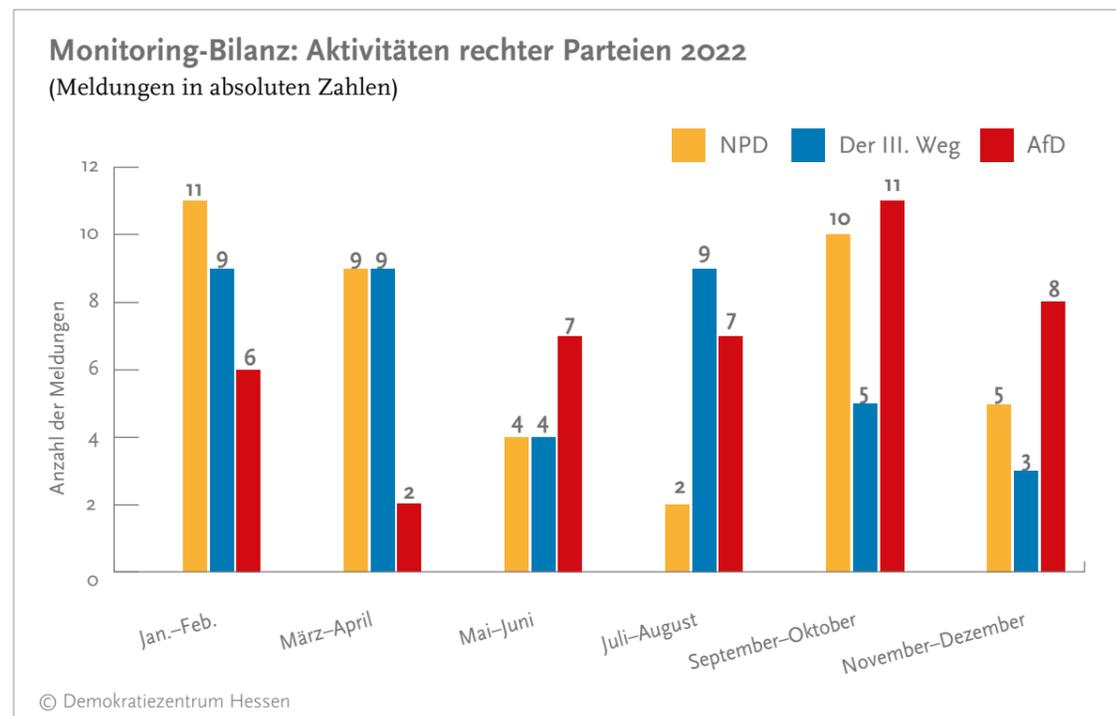
Rechte Parteien

Auch Parteien aus dem rechten Spektrum beteiligten sich an mehreren Corona-Protesten. Insbesondere bei den „Spaziergängen“ im Januar und Februar 2022 mischten sich die rechtsextremen Parteien NPD und „Der III. Weg“ vielerorts unter die Protestierenden. In den Monitoring-Berichten wurden 2022 insgesamt 121 Aktivitäten von Parteien aus dem rechten Spektrum erfasst.

So hielt die NPD beispielsweise am 14. Mai und 15. Mai 2022 in Altenstadt ihren Bundesparteitag ab. Schwerpunktthema war eine zuvor angekündigte Umbenennung der Partei. Die NPD wollte sich unter dem neuen Namen „Die Heimat“ als rechte Sammlungsbewegung neu aufstellen. Obwohl sich die

Parteiführung und die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ (JN) dafür ausgesprochen hatten, scheiterte die Umbenennung an der dafür notwendigen Zwei Drittel-Mehrheit (Anm.: Bei einem Parteitag im Juni 2023 wurde die Umbenennung in „Die Heimat“ dann beschlossen).

Die hessische AfD wählte im Oktober auf einem Landesparteitag in Melsungen den Fraktionsvorsitzenden Robert Lambrou und seinen Landesvorsitzenden Andreas Lichert auf die ersten beiden Listenplätze für die Landtagswahl im Herbst 2023. Lichert gilt als Anhänger des offiziell aufgelösten völkischen „Flügels“ innerhalb der AfD.



Reichsbürger werden sichtbarer

2022 ließen sich vermehrt Aktivitäten von Reichsbürger-Gruppierungen feststellen. Besonders aktiv waren die Gruppierungen „Vaterländischer Hilfsdienst“ und „Königreich Deutschland“. Der „Vaterländischer Hilfsdienst“ hielt mehrfach Treffen in der Gegend von Darmstadt ab. Das „Königreich Deutschland“ versuchte zunächst, im April 2022 ein Ladenlokal in Hasselroth im Main-Kinzig-Kreis zu eröffnen, was am Widerstand dagegen vor Ort scheiterte. Im Dezember 2022 versuchte die Gruppierung es erneut im Frankfurter Stadtteil Riederwald. Auch dort traf die Gruppe auf Widerstand.

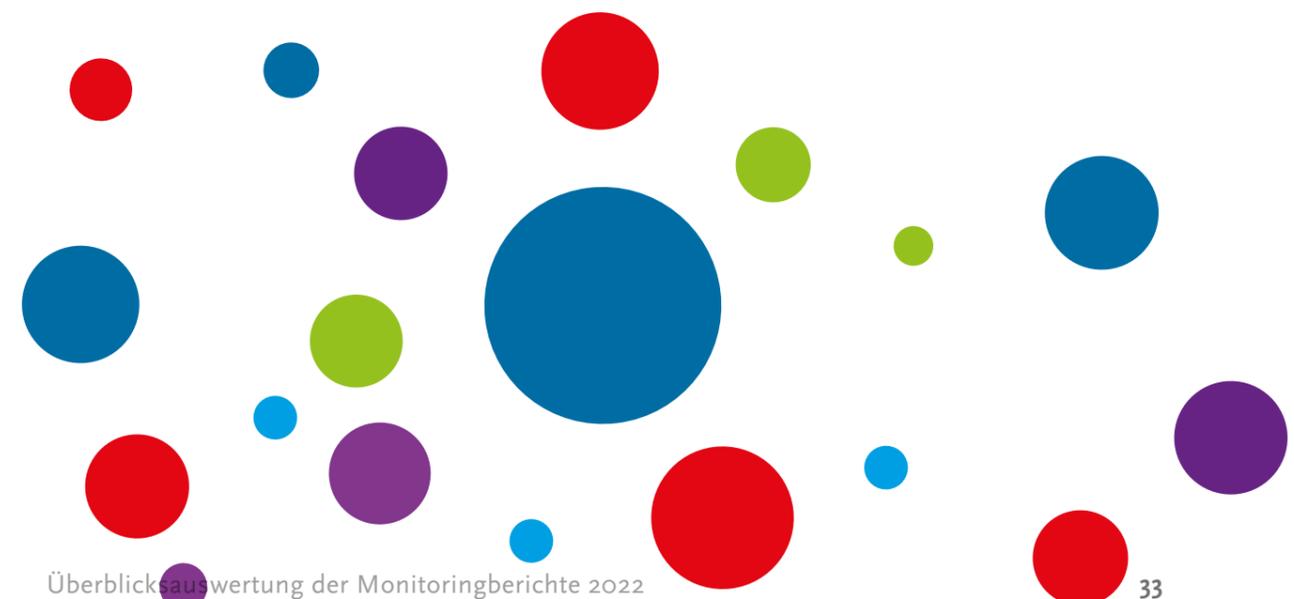
Am 7. Dezember kam es bundesweit zu Razzien gegen die Reichsbürger-Gruppierung „Patriotische Union“. Die Bundesanwaltschaft warf rund 50 Personen vor, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Als Anführer der Gruppierung wurde Heinrich Reuß in Frankfurt verhaftet. Auch in Heppenheim und Wetzlar kam es zu Verhaftung in diesem Zusammenhang.

Prozesse

Am 15. Juli 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt den Bundeswehrsoldaten Franco A. zu fünfzehn Jahren Haft. Laut Urteil plante er, unter einer falschen Identität, als syrischer Geflüchteter, einen Anschlag zu begehen und den Verdacht auf Geflüchtete als Tätergruppe zu lenken. Er habe aus einer völkisch-nationalistischen, rechtsextremistischen Gesinnung heraus gehandelt, so das Gericht. Zuvor, im Februar 2022, war Franco A. wegen Verdunklungs- und Fluchtgefahr in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem bei einer Kontrolle an einer U-Bahnstation in Offenbach mehrere verdächtige Gegenstände bei ihm gefunden worden waren. Am 2. August 2022 begann der Prozess gegen Marvin E., einem mutmaßlichen Mitglied der rechtsterroristischen Gruppierung „Atomwaffen Division“, vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Die Staats-

anwaltschaft wirft dem 20-Jährigen vor, Anschläge mit Sprengsätzen und Schusswaffen geplant zu haben. Zudem wird ihm eine versuchte Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Am 16. November 2022 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt wegen der „NSU 2.0“-Drohschreibenserie den 54 Jahre alten Berliner Angeklagten Alexander M. zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft. Der Verurteilte soll zwischen August 2018 und März 2021 mehr als 80 Drohschreiben verschickt haben. Die Empfänger*innen der Drohschreiben hatten vor dem Urteilsspruch weitere Aufklärung gefordert. Zumindest für das erste Schreiben bestünden ihrer Ansicht nach Zweifel, dass M. die Tat (allein) begangen hat. Laut Nebenklagen-Vertretung hätte dieses auch von einem Polizisten im Frankfurter 1. Revier verschickt werden können.



RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS HESSEN (RIAS HESSEN) GING IM MÄRZ 2022 AN DEN START

Im März 2022 nahm die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) in Trägerschaft des Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg mit der Freischaltung der Website ihre offizielle operative Arbeit auf. Eine Projektleitung und zwei wissenschaftliche Mitarbeitende stellen das Team. RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.

RIAS Hessen ist eine Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene und unterstützt Ratsuchende bei antisemitischen Vorfällen, berät diese verweisend und dokumentiert die antisemitischen Vorfälle. Auf Wunsch können Vorfälle veröffentlicht werden; grundsätzlich werden alle anonymisiert und vertraulich behandelt. In Jahres- und Monitoring-Berichten veröffentlicht RIAS Hessen ihre Statistik.

RIAS Hessen beteiligt sich zudem an den wissenschaftlichen Diskursen sowie an der Bildungsarbeit über und gegen Antisemitismus. Um eine von politischen und staatlichen Ebenen höchstmögliche Unabhängigkeit zu bewahren, ist RIAS Hessen der zivilgesellschaftliche Charakter wichtig.

RIAS Hessen ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und arbeitet auf der Grundlage der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in ihrer für Deutschland spezifizierten Fassung (<https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus> und https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf).

Wie alle anderen in der Bundesarbeitsgemeinschaft organisierten Recherche- und Informationsstellen vertritt auch RIAS Hessen parteiisch die Perspektive jener, die von Antisemitismus betroffen sind.

Über das Portal www.report-antisemitism.de, dem auch RIAS Hessen angeschlossen ist, entsteht eine bundesweit einheitliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Solche – unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz – können bei RIAS Hessen darüber hinaus auch telefonisch oder per E-Mail gemeldet werden.

Wichtig ist RIAS Hessen eine enge, kontinuierliche und auf Vertrauen gegründete Zusammenarbeit mit jüdischen Institutionen wie dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, den einzelnen jüdischen Gemeinden, Makkabi Deutschland, dem Sara-Nussbaum-Zentrum Kassel, der psychosozialen Beratungsstelle OFEK e.V., aber auch anderen jüdischen Organisationen sowie Einrichtungen, die sich wissenschaftlich und in der Bildungsarbeit mit jüdischen Themen befassen.

Alle RIAS-Stellen nehmen antisemitische Vorfälle von unmittelbar Betroffenen an, aber auch von Zeug:innen, Angehörigen und Freund:innen. Die Ratsuchenden werden in einer Erstberatung unterstützt und auf Wunsch an Stellen verwiesen, wo sie auf Verständnis, kompetente Fachberatung und weitere Unterstützung treffen. RIAS Hessen arbeitet hier Hand in Hand mit der psychosozialen Beratungsstelle OFEK e. V. (<https://ofek-beratung.de/>).



5. NEUE ANLAUFSTELLE: RIAS HESSEN

Die RIAS Hessen bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden nach einem bundesweit von RIAS genutzten Kategoriensystem wissenschaftlich ausgewertet, um beispielsweise Erscheinungsformen, Trägergruppen und Ausmaß des Themenkomplexes hessenweit zu erheben. Auf dieser Grundlage entstehen Jahresberichte, die Ergebnisse fließen zudem in den vom Bundesverband RIAS herausgegebenen Jahresbericht ein.

Darüber hinaus veröffentlicht RIAS Hessen auch Monitoringberichte und Analysen zu herausragenden antisemitischen Vorfällen und Wellen. Dies geschah bereits im Frühjahr 2023 mit einer Publikation zur documenta fifteen in Kassel im Jahr 2022 (Download unter: <https://rias-hessen.de/publikationen/rias-hessen/>).

Mit seinen Publikationen beteiligt sich RIAS Hessen ebenso wie über die Teilnahme an nationalen wie internationalen Konferenzen oder über Vorträge und Workshops sowie in Zukunft auch mit eigenen Ausstellungen und pädagogischen Materialien am Diskurs zu Antisemitismus. Eine bestehende Plattform ist die „Konzeptwerkstatt Antisemitismus“, in der sich Experten:innen in einem nicht-öffentlichen Format zwei Mal jährlich treffen, um Fragen aus Bildung, Forschung und akuter Gegenwart zu diskutieren. Ein anderes Format sind die öffentlichen „Werkstattgespräche Antisemitismus“, die gemeinsam mit Kooperationspartner:innen organisiert werden und bestimmte Phänomene des Antisemitismus beleuchten.

Weitere Informationen zu RIAS Hessen:

► www.rias-hessen.de

Susanne Urban, Projektleitung RIAS Hessen

RIAS HESSEN
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Erfahrung teilen
Antisemitismus dokumentieren
Antisemitismus entgegentreten

RIAS HESSEN
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

am Demokratiezentrum Hessen
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Turm A
D-35032 Marburg

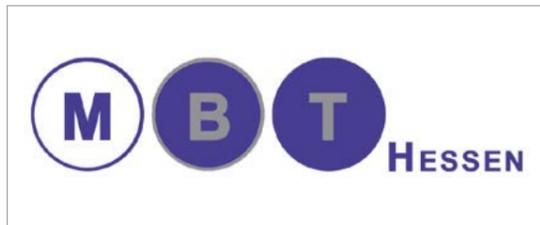
www.rias-hessen.de
www.report-antisemitism.de



6. AUS DER PRAXIS

Das folgende Kapitel gibt aus einem jeweils spezifischen und konkreten Blick exemplarisch Einblicke in die Arbeit von Beraterinnen und Beratern und Netzwerkmitgliedern vor Ort und beleuchtet deren Aktivitäten im Jahr 2022. Die Namensberichte stellen ausdrücklich die subjektive Sicht aus der Alltagspraxis in den Vordergrund und geben einen anschaulichen Eindruck von der Vielfalt der täglichen Arbeit vieler engagierter Menschen vor Ort in Hessen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit.

6.1 Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) – Regionalstelle Ost-/Nordhessen des Beratungsnetzwerks Hessen, Kassel und Fulda



Das „Mobile Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für Demokratische Kultur in Hessen e.V.“ (MBT Hessen) berät in Nord- und Osthessen, im Vogelsbergkreis und im Main-Kinzig-Kreis Hilfesuchende. Mitte 2022 hat die Regionalstelle Osthessen ihr Büro in Fulda beziehen können.

Als Team von acht Personen haben wir das Jahr über neue Kommunikationswege, Kooperationsmöglichkeiten und einzelne Beziehungsdynamiken entwickeln können. Durch Berater:innen in neuen Regionen haben sich dort auch die Beratungsanfragen erhöht. Daneben kommt es zu vielen Einladungen zu Bildungsangeboten in Schulen, Gewerkschaften und Partnerschaften für Demokratie.

2022 war geprägt von Anfragen aus dem verschwörungsideologischen Bereich. Vermehrt meldeten sich Angehörige von Menschen, die sich in demokratiefeindlichen, rechtsextremen und rechten Esoterikkreisen bewegen. Die Beratungsnehmenden sind dabei besorgt, dass Familienmitglieder oder Freund:innen über den Konsum von alternativen Medien und den Austausch in Online-chaträumen tiefer in die rechte Verschwörungsszene abtauchen. Dazu publizierten wir eine Broschüre „Erscheinungsformen der extremen Rechten zwischen Ökologie und Esoterik - Ein Einblick in ländliche Räume Nordhessens.“.

Ausgelöst durch das Interesse an der Broschüre, bekamen wir daraufhin viele Vortragsanfragen von Vereinen, Gewerkschaften, Gemeinden und anderen Institutionen.

Dabei ging es auch insbesondere um Vorträge zur Anasasiabewegung, die besonders häufig von Bewohner:innen ländlicher Räume angefragt wurden.

Neben dem Themenschwerpunkt Verschwörungen beschäftigte uns die documenta fifteen in Kassel. Durch die Antisemitismusvorwürfe und die queerfeindlichen Angriffe auf Kunstschaffende bekamen wir viele Anfragen von Ratsuchenden, aber auch von Opfern. Die Erstkontakte waren in dieser Zeitperiode sehr emotional und erforderten einen sensiblen Umgang. Außerdem standen wir eng im Kontakt mit unseren Netzwerkpartner:innen und unseren Kolleg:innen der Opferberatungsstelle „response“.

Aus dem Schulkontext erhielten wir weiterhin vermehrt Anfragen nach Anti-Rassismus-Workshops oder Beratungsanfragen zum Umgang mit Schüler:innen, die rechtsextrem oder fremdenfeindlich auftreten. Dabei spielen nach wie vor WhatsApp-Gruppen eine große Rolle, da dort oft rassistische und menschenfeindliche Inhalte geteilt werden können. Eine Beratungsanfrage, die ähnlich häufiger an uns herangetragen wurde, spielte sich an einem Gymnasium ab. Dort war ein Schüler durch rechte Posts auf Chatkanälen und das Versenden von Memes aufgefallen. Durch den straffen Lehrplan war es den Lehrkräften nicht möglich, die Thematik mit Betroffenen und der Klasse aufzuarbeiten. Deswegen hat sich die Schule hilfesuchend an das MBT Hessen gewandt. Wir boten eine Fortbildung für das Kollegium zu dem Thema Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag an. Dabei sollten die Lehrkräfte im Erkennen von rechten Codes und Zeichen geschult werden und Handlungsstrategien für den Schulalltag erlernen. Außerdem regten wir an, einen Workshoptag für die Klasse anzubieten, an dem es um Alltagsrassismus geht. Dazu verwiesen wir noch auf Angebote im Netzwerk, die sich gezielt



Proteste in Kassel gegen eine Demonstration von Querdenkern und Corona-Maßnahmen-Gegner im März 2021. Archiv-Foto: MBT Hessen

auf Schüler:innen konzentrieren. Daneben empfahlen wir den Lehrkräften Literatur, die weitere Einblicke in rechte Gewalt an Schulen gibt.

Ein neuer Themenschwerpunkt war 2022 die hohe Zahl an Beratungsanfragen zu der Reichsbürgerszene. Dabei variierten die Anfragen von besorgten Anwohner:innen bis zu hilfesuchende Familienangehörigen. Ausgelöst von der medialen Aufmerksamkeit bekamen wir vermehrt Anfragen, da die Menschen dadurch sensibilisierter schienen. Somit bekommen wir stetig mehr Einsicht in die Reichsbürgerszene in unseren Regionen.

Im Juli 2022 veranstalteten wir eine Regionalkonferenz. Dort gaben wir unseren Beratungsnehmer:innen, Kooperationspartner:innen und Interessierten die Möglichkeit eines Austausches. Dabei luden wir Referierende aus verschiedenen Themenfeldern unter dem Leitgedanken „Was tun gegen Rechtsextremismus“ ein. So gab es zum Beispiel einen Vortrag zu der Gruppierung „Graue Wölfe“ oder einen Workshop zum Umgang mit Rassismus in der Schule.

Für das Jahr 2023 haben wir eine Regionalkonferenz für Mai geplant. Dabei möchten wir den Blick auf die sich vergrößernde Grauzone zu antisemitischen und rechtsextremen Ansichten werfen. Wir befürchten, dass sich durch die wachsende Zahl an Menschen, die sich in

Verschwörungserzählungen vertiefen, die Toleranz für Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus steigt. Bedenklich dabei ist die Ungewissheit, wie hoch die Zahl bereits ist, da sich die meiste Kommunikation auf Online-Plattformen abspielt. Trotzdem sehen wir, dass sich Menschen dagegenstellen. Wir hoffen, dass sich durch unsere Beratung, aber auch durch Bildungsangebote, mehr Menschen empowert fühlen, einen besseren Umgang mit Verschwörungsanhänger:innen finden zu können.

Weitere Informationen im Internet:

► <https://mbt-hessen.org/home>

Elona Abraha (MBT Kassel, Regionalstelle Nord-/Osthessen des Beratungsnetzwerks Hessen)

6.2 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt



In der ersten Jahreshälfte 2022 stand neben dem weiteren Aufbau der Regionalstelle Süd und der Umsetzung von Bildungs- und Beratungsangeboten die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit im Fokus. Dabei wurden gezielt Akteur*innen angesprochen, die bisher noch nicht durch die Regionalstelle Süd erreicht wurden wie z. B. Arbeitskreise pädagogischer Fachkräfte, die zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Stadtteil arbeiten, und das LSBTQI*-Netzwerk Südhessen. Daneben wurde die Zusammenarbeit mit Akteur*innen im Kreis Groß-Gerau intensiviert und ein regelmäßiges Vernetzungstreffen der südhessischen Partnerschaften für Demokratie etabliert sowie regelmäßig an Vernetzungstreffen mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen teilgenommen.

Durch das Kennenlernen der verschiedenen wichtigen Multiplikator*innen vor Ort konnten Vertrauensbeziehungen aufgebaut werden, die wiederum zu Austausch und Anfragen bzgl. demokratiegefährdender Vorkommnisse führten. Zugleich wurde die Homepage der Regionalstelle Süd überarbeitet und die Angebote der Regionalstelle Süd in verschiedenen Newslettern vorgestellt.

Anfang des Jahres 2022 wurden vermehrt Bildungsangebote zum Thema „Querdenken, Verschwörungsideologien und Antisemitismus“ sowie „Antifeminismus und Queerfeindlichkeit“ angefragt. Außer von pädagogischen Fachkräften werden diese Themen verstärkt von Akteur*innen der Kommunalverwaltungen als demokratiegefährdende Herausforderungen benannt. In der zweiten Jahreshälfte wurden vor allem Bildungsangebote zu den Themen „Rassismus und Empowerment“, „Erscheinungsformen von Rechtspopulismus“ sowie allgemein zum Umgang mit Diskriminierung in pädagogischen Kontexten und möglichen Unterstützungsangeboten angefragt.

Hier wurde wiederum deutlich, dass es pädagogischen Fachkräften häufig an Handlungssicherheit im Umgang und dem Erkennen von demokratiegefährdenden Vorkommnissen fehlt. Handlungssicherheit für Multiplikator*innen zu fördern, ist somit ein Ziel aller Bildungsangebote. Der Workshop „Worte, die weh tun“, der von zwei Beratern der Regionalstelle Süd durchgeführt wird, fand in der Region großen Anklang; dies wiederum zeigte, dass auch die Auseinandersetzung mit diskriminierender Sprache ein erster Schritt sein kann, sich mit eigenen Diskriminierungsmechanismen auseinanderzusetzen.

Die Anfrage an Beratungsangebote stieg im Jahr 2022, das hängt jedoch auch mit dem erhöhten Bekanntheitsgrad der Regionalstelle Süd in der Stadt Darmstadt sowie dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zusammen. Thematisch lagen die Schwerpunkte der Beratung auch 2022 (vor allem Anfang des Jahres) auf dem Umgang mit Querdenker*innen vor Ort und der Bedrohung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen durch sie. Des Weiteren ging es um Rechtsextremismus, Rassismus in pädagogischen Einrichtungen und im Zusammenleben vor Ort sowie um die Frage nach der Förderung eines demokratischen Miteinanders im Gemeinwesen. Das Spektrum der Beratungsnehmer*innen war sehr heterogen und reichte von (pädagogischen) Fachkräften über Einzelpersonen bis zu Kommunalpolitiker*innen.

Durch die Entspannung der Pandemie konnten die meisten Bildungs- und Beratungsangebote wieder in Präsenz stattfinden, was die Zusammenarbeit und den inhaltlichen Austausch erheblich verbessert hat.

Als Herausforderungen nehmen wir die zunehmende Aktivität von Reichsbürger*innen in Südhessen wahr, die sich in unterschiedlichen Gruppierungen zusammenfinden und regelmäßig treffen. Außerdem die Zunahme von „freien Schulen“ sowie der Anklang von verschwörungsideologischen Veranstaltungen bei der Bevölkerung und die Abnahme des Glaubens in demokratische Prozesse, gerade im ländlichen Raum. All diesen Herausforderungen gilt es durch Sensibilisierung der Zivilgesellschaft und unterschiedlichster Akteur*innen im Sozialraum für diese Phänomene zu begegnen und demokratische Strukturen zu stärken.

Internet: <https://regionalstelle-sued.de/>

Das Team der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen, Darmstadt

6.3 „response.“ – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt



Zum 1. Juli 2022 wechselte „response“ die Trägerschaft von der Bildungsstätte Anne Frank zum Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach. Das Beratungsaufkommen blieb 2022 konstant hoch. Besonders häufig wurde beraten nach rassistisch motivierten Vorfällen wie Beleidigungen und Bedrohungen. „response“ dokumentierte eine Häufung von körperlichen Angriffen und einen auffälligen Anstieg von queer- und transfeindlichen Übergriffen an beiden hessischen Außenstellen-Standorten (Frankfurt und Kassel). Insbesondere in Frankfurt gab es wiederholt Meldungen über schwere körperliche Angriffe.

Ein anhaltender Schwerpunkt blieb die Bewältigung langfristiger Anschlagfolgen und Beratung von direkt und indirekt betroffenen Menschen, Überlebenden und Angehörigen im Kontext des rassistischen und rechtsterroristischen Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020. Aufgrund der Mehrbedarfe in Hanau, einer insgesamt hohen Auslastung, des Trägerwechsels und der Einarbeitungsprozesse konnten zwischenzeitlich keine neuen Beratungsanfragen angenommen werden.

„response“ nahm regelmäßig beobachtend am parlamentarischen Untersuchungsausschuss UNA 20/2 zum Hanauer Terroranschlag vom Februar 2020 teil, bei dem auch Überlebende und Angehörige aussagten und ihr Erleben und ihre Forderungen schilderten. Gleiches gilt für den UNA 20/1 zum Mord an Walter Lübcke (im Juni 2019), bei dem am 6. Mai 2022 unter anderem Ahmed I. aussagte. Er war neben Familie Lübcke Nebenkläger im Strafprozess gegen Stephan E. und Markus H. Der für den Mord an Dr. Walter Lübcke verurteilte Rechtsextremist Stephan E. musste sich auch wegen des rechten



Hanauer Gedenkveranstaltung im Frühjahr 2023 zum rassistischen Terrorattentat am 19. Februar 2020.

Foto: response

und rassistischen Messerangriffs und Mordversuches auf Ahmed I. am 6. Januar 2016 in Lohfelden verantworten und wurde für diesen 2021 entgegen der Überzeugung des Betroffenen, seines Anwalts und der Bundesanwaltschaft freigesprochen. Am 25. August 2022 lehnte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe alle gegen das Urteil eingebrachten Revisionsanträge ab.

Es braucht einen rassistis-, diskriminierungs- und traumasensiblen Umgang mit Betroffenen und umfassenden Opferschutz. Entsprechend waren auch Diskurse wie z. B. zu einem Hessischen Antidiskriminierungsgesetz für „response“ von Bedeutung. „response“ beschäftigte die Entwicklungen zum Thema NSU 2.0 sowie die Rechtsterrorprozesse wie jene gegen Franco A., Marvin E. oder Tim F., dessen Bruder und Vater. Sie zeigen die reale Rechtsterrorgefahr.

Ausblick auf 2023

Ziele sind: Die Aufrechterhaltung des hessenweiten Beratungsangebotes mit niedrigschwelligen Zugängen, Unterstützung bei der Verstetigung eines Beratungsangebotes in Hanau, Sichtbarmachung der sich verschärfenden Situation der Zielgruppen und ihrer Perspektiven. Gremien- und Netzwerkarbeit sowie Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit sollen weiterentwickelt werden. Ebenso bietet „response“ Information, Sensibilisierung und Bildung mit Fokus auf die Betroffenenperspektive. „response“ wird auch in 2023 die beiden genannten UNAs bis zum Ende der öffentlichen Sitzungen weiterverfolgen. Kontakt allgemein: kontakt@response-hessen.de
Kontakt Presse: presse.response@frankfurt-evangelisch.de
Homepage: www.response-hessen.de
Meldestelle und Chronik: www.hessenschauthin.de
Twitter [@ResponseHessen](https://twitter.com/ResponseHessen)
Instagram [@response_hessen](https://www.instagram.com/response_hessen)
Das Team von „response. – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

und Perspektivübernahme, einer kritischen Reflexion von individuellen Weltbildern und eigenen Zielen. Das Angebot ermöglicht die Arbeit mit Jugendlichen eines Sozialraums und die Berücksichtigung von Gruppendynamiken und ergänzt die Einzelfallhilfen in produktiver Weise.

In der zweiten Jahreshälfte 2022 haben wir im Nachgang eines Beratungsprozesses und einer internen Schulung eine Fortbildung für alle Tageseltern einer Kommune zum Thema „Rassismus- und diversitätssensible Erziehung bei Kindern“ konzipiert und durchgeführt. Die Reihe umfasste sechs Fortbildungstage mit insgesamt ca. 80 Teilnehmer*innen aus dem Arbeitsbereich „U3“. Die Fortbildung erschließt eine neue Zielgruppe und soll modifiziert auch in der Ausbildung von Fachkräften Erzieherinnen eingesetzt werden.

Die Distanzierungs- und Umfeldberatung kann Ablösungsbewegungen von Jugendlichen ohne intrinsische Veränderungsmotivation in Bezug auf soziale Zusammenschlüsse, ideologische Haltungen und Handlungen befördern. Hier sehen wir Bedarfe in der Erreichung

von Frauen und Mädchen und in der Etablierung geschlechtsspezifischer Ansätze sowie der Erschließung von Zugängen zu Online-Communities, z. B. Gaming-Plattformen, in denen rechtsextreme Akteure und Inhalte präsent sind.

Für die Distanzierungs- und Umfeldberatung sowie das Beratungsnetzwerk insgesamt sehen wir eine Herausforderung darin, dass rechtsextreme Phänomene, Szenen und Gruppierungen flüchtiger werden und Konsolidierungs- und Fundamentalisierungsprozesse zunehmend im höheren Erwachsenenalter und im bürgerlichen und auch in alternativen Milieus zu beobachten sind (sogenannte „Neue“ Rechte/Querfrontstrategien, Verbreitung und Normalisierung von Verschwörungserzählungen, systemkritische bis -feindliche Mischszenen, Mediatisierung und entkoppelte Öffentlichkeiten etc.).

Weitere Informationen im Internet:

<https://www.rote-linie.net/>

Torsten Niebling, „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

6.4 „Rote Linie“ – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus



Das Jahr 2022 war geprägt von einer gestiegenen Nachfrage. Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: 51 Beratungsfälle (2021: 42) und 66 Fälle in der Prävention/Bildung (2021: 44)]. Da zugleich die Fallbearbeitung im Tandem als fachlicher Standard umgesetzt wird, ergibt sich eine deutliche Verdichtung der Praxis. Entsprechend konnten zeitweise nicht mehr alle Anfragen bedient werden.

Inhaltlich haben Anfragen im Kontext Rassismus zugenommen, und Reichsbürger/Selbstverwalter sowie Verschwörungserzählungen spielen eine größere Rolle. Workshops zum Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen

finden nach wie vor große Nachfrage. Im Familienkontext spielen Konflikte im Umfeld entsprechender Zugehörigkeiten der Kinder, aber auch der Angehörigen sowie Fragen des Kindeswohls eine große Rolle.

Generell zeigt sich das Feld vielschichtiger, unübersichtlicher, und es geraten neben den rechtsextrem affinen Jugendlichen immer wieder Erwachsene und Ältere in den Blick.

Erreicht wurden vor allem Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, aus Ämtern und auch der Bewährungshilfe, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen an allgemeinbildenden und Berufsschulen, Eltern und Angehörige.

Das Angebot für Gruppen rechtsextrem affiner Jugendlicher hat in 2022 eine stetige Nachfrage gefunden. Anlass sind vor allem Vorfälle an Schulen. Das gruppenpädagogische Angebot umfasst fünf bis sieben Termine über mehrere Monate; die Schüler werden hierfür vom Unterricht freigestellt. Die inhaltliche Arbeit kombiniert Gruppengespräche, Einzelaufgaben und erfahrungsorientierte Übungen hin zu einer eigenen Positionierung

6.5 „Jetzt! e. V.“ – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie



Der Verein „Jetzt! e. V.“ wurde 2017 von freiberuflich tätigen Beraterinnen und Beratern, die nicht in die Organisation eines Trägers eingebunden sind, gegründet und ist seit 2018 offiziell Mitglied des Beratungsnetzwerks Hessen. Die meisten Mitglieder des Vereins „Jetzt!“ kennen das Beratungsnetzwerk Hessen seit vielen Jahren und sind für alle Themen der mobilen Beratung wichtige und kompetente Ansprechpartner, die vor allem in Mittel-, West- und Südhessen aktiv sind. Seit Mitte 2021 ist „Jetzt!“ e. V. auch neuer Träger der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen. Hier sein Bericht 2022:

Während zu Beginn des Jahres 2022 vor allem das Thema Montagsspaziergänge und Montagsdemos im Kontext von Verschwörungsmythen im Mittelpunkt der Beratungen stand (die Coronapandemie war noch sehr präsent), veränderten sich die Schwerpunkte im Laufe des Jahres. Der befürchtete „heiße Herbst“ im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und der Energiekrise blieb aus. In den Beratungsanfragen bildete der Umgang mit Diskriminierung und Rassismus das mehrheitliche Beratungsinteresse – eine Entwicklung, die bereits im Vorjahr begann und nun weiter fortschritt.

Auch im Bereich Arbeitswelt war das Thema Umgang mit Diskriminierung im Allgemeinen und die Auseinandersetzung mit Rassismus im Besonderen Schwerpunktthema. Vorrangig soziale Träger fragten hierzu Beratungen an.

Die im vergangenen Jahr entworfenen „jetzt!-stories“ (Kartenspiel mit Fallbeispielen) wurden fertiggestellt und sensibilisieren ebenfalls verschiedene Arten der Diskriminierung. Sie können in der Arbeit mit Gruppen einge-

setzt werden.

Hierbei wird (in Anlehnung an das Kartenspiel „Black Storys“) jeweils eine Situation beschrieben und die Leser*innen müssen erraten, was passiert ist. Es gibt pro Fall zwei Spicker mit weiteren Hinweisen. Die Fälle beschreiben Diskriminierungsphänomene in unterschiedlichen Zusammenhängen – so z. B. im Bereich Rechtstremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus u. a.

Da wir zunehmend auch Anfragen nach Bildungsveranstaltungen haben, haben wir in 2022 zunehmend begonnen, selbst Bildungsveranstaltungen durchzuführen – auch hier stand das Thema „Diskriminierungssensibel arbeiten“ im Vordergrund.

Die Bildungsveranstaltungen waren jeweils in einen längeren Beratungsprozess eingebettet. Der Wunsch nach einer Bildungsveranstaltung entstand im Laufe des Beratungsprozess.

Da auch die Regionalstelle Süd, die in unserer Trägerschaft liegt, vermehrt Bildungsveranstaltungen durchführt, sind zukünftig wechselseitige Kooperationen zwischen Team Mitte und dem Team der Regionalstelle Süd geplant.

Weitere Informationen im Internet:

► www.jetzt-ev.de

Silke Sauer, „Jetzt! e. V. – Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie“

6.6 Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)



Auch im Jahr 2022 bildete die Auseinandersetzung mit Rassismus einen Schwerpunkt unserer Arbeit. Von Kita-Teams über Lehrer*innen-Kollegien in Grundschulen, über Mitarbeitende eines Fachbereichs einer städtischen Verwaltung bis hin zu einer großen Sicherheitsbehörde standen rassismuskritische Lern- und Sensibilisierungsprozesse sowohl mit Blick auf den organisationsinternen Umgang als auch im Agieren nach außen im Zentrum einer Reihe von Prozessbegleitungen.

Ein zentraler Befund hierbei ist, dass die Besprechbarkeit von Rassismus insgesamt deutlich zugenommen hat. Die nach Halle und Hanau veränderte politische und gesellschaftliche Wahrnehmung und Anerkennung „Rassistischer Realitäten“ – so der Titel der Auftaktstudie des vom Bundestag auf den Weg gebrachten „Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa)“ (s. Titelseite rechts) von 2022 – ist in unseren Beratungs- und Fortbildungssettings durchaus präsent.

Die Einbettung rassismuskritischer Lernprozesse in Demokratie- und Menschenrechtsbildung hat sich weiterhin als sehr förderlich erwiesen. Ebenso wie die Herangehensweise, Rassismus von seiner Wirkung her zu begreifen – und nicht primär von der Intention der Handelnden. Diese entlastende und gleichermaßen die Anerkennung der Existenz auch von institutionellem und strukturellem Rassismus eröffnende Sichtweise gewinnt in der Praxis zunehmend an Bedeutung. Sie geht auf das bereits im Jahr 1969 von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung“ (ICERD) zurück und wird seit 2017 vom Bundesjustizministerium unter Verwaltungen und Gerichten stärker

bekannt gemacht (► https://www.bmj.de/DE/themen/menschenrechte/vereinte_nationen/icerd/ICERD_node.html).

Die erhöhte Besprechbarkeit führt mancherorts auch dazu, dass aus kalten Konfliktlagen heiße werden: Wenn bisher Stimmen die Institutionenkultur prägten, die Rassismus nicht wahrnehmen wollten und damit zulasten Betroffener „geschehen ließen“, wird deren bisherige Dominanz aktuell mit der Stärkung derjenigen Stimmen infrage gestellt, die möchten, dass sich ihre Institution im Sinne einer Kultur der Menschenrechte weiterentwickelt. Hier sind in Fortbildungen nicht selten Wissen und Kompetenzen im Umgang mit Konflikt dynamiken in institutionellen Veränderungsprozessen gefragt, die immer auch spezifische Formen von Widerstand und Abwehr mit sich bringen.

Große Offenheit, Spiele, Lieder, Bücher, Materialien und pädagogische Anlagen heterogenitätssensibel und diskriminierungskritisch in den Blick zu nehmen, erlebten wir in Prozessbegleitungen mit pädagogischen Teams in Kita und Grundschule. Auch hier ist die oben angesprochene, stark vom Engagement Betroffener und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure angestoßene gesellschaftliche Weiterentwicklung spürbar.

In der Arbeit mit Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Unterbringung Geflüchteter stand die Vermittlung von Konfliktkompetenzen, Wissen um die Funktionsweise rassistischer Diskurse und Strategien der Deeskalation im Zentrum, um die Handlungssicherheit in schwierigen Situationen zu erhöhen. Damit konnte auf rassistische Wissensbestände zurückgreifende kulturalisierenden/ethnisierenden Erklärungsmustern vorgebeugt werden.

Die Fallzahlen sind in etwa konstant geblieben, in 2022 wurden sieben Prozessbegleitungen aus 2021 fortgeführt und 15 neu aufgenommen sowie acht Präventionsprojekte umgesetzt.



Weitere Informationen im Internet: ► <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>

Christa Kaletsch, Manuel Glittenberg, Stefan Rech, DeGeDe-Team des Projekts „Zusammenleben neu gestalten“

In diesem Kapitel haben wir für Sie Einiges an Veränderungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Neuem, Interessantem und Berichtenswertem zusammengetragen, das im vergangenen Jahr 2022 im Demokratiezentrum Hessen und dem Beratungsnetzwerk stattfand.

7. WAS GAB ES 2022 NEUES IM DEMOKRATIE- ZENTRUM UND IM BERATUNGSNETZ- WERK HESSEN?

7.1 Bundesweit erstmalig: Weiterbildungsstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ an der Uni Marburg

Auf Initiative und unter Federführung des Demokratiezentrums Hessen, das am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg angesiedelt ist, wurde an der Marburger Uni im Wintersemester 2022/23 erstmals ein in dieser Form bundesweit einmaliger weiterbildender Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ angeboten und durchgeführt.

Der kostenpflichtige weiterbildende Studiengang kann berufsbegleitend studiert werden und richtet sich an Fachkräfte sowohl aus der Mobilen Beratung als auch aus angrenzenden Feldern der Beratung gegen Rechtsextremismus. Zudem steht er grundsätzlich Fachkräften offen, die einschlägige Vorerfahrungen sowohl in der Beratung als auch im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus mitbringen.

Der Studiengang möchte Fachkräften aus den genannten Handlungsfeldern eine fundierte universitäre Ausbildung ermöglichen, die Wissenschaft und Praxis verknüpft. Dabei wird Berufseinsteiger*innen in der Mobilen Beratung eine berufsbegleitende Weiterbildung angeboten und Menschen aus angrenzenden Beratungstätigkeiten oder Tätigkeiten der Sozialen Arbeit eine Qualifikation für die Beratung im Kontext Rechtsextremismus ermöglicht.

Die Konzeption des Studiengangs entstand in Kooperation des Fachbereichs Erziehungswissenschaften mit dem Demokratiezentrum Hessen. Die Entwicklung wurde aus Mitteln des Studienstrukturprogramms des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gefördert.

Ziel des Studiengangs ist es, dazu beizutragen, Qualität und Professionalität im Berufsfeld der Beratung gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung zu sichern und zu stärken. Denn trotz der hohen fachlichen Anforderungen in diesem Berufsfeld gibt es bislang kein umfassendes Ausbildungsangebot. Das Demokratiezentrum Hessen unter-



Foto: Demokratiezentrum / Peter Jülich

nimmt seit Jahren kontinuierlich Anstrengungen für eine fachgerechte Fortbildung der Fachkräfte und bietet entsprechende Module an. Mithilfe finanzieller Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) münden diese Erfahrungen nun in diesen neuen Studiengang. Konzipiert ist der Studiengang für maximal 20 Personen. Die nächste Möglichkeit zur Bewerbung für den weiterbildenden Master-Studiengang ist zum Start des Wintersemesters 2024/25.

Nähere Informationen zum Studiengang auf der Website: <https://uni-marburg.de/LhHqv>

7.2 Neuer landesweiter Forschungs- und Weiterbildungsbereich zu Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieförderung am Demokratiezentrum



Foto: pixabay

Projekt mit Modellcharakter: 2022 wurde damit begonnen, am Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg erstmals einen landesweiten Forschungs- und Weiterbildungsbereich unter dem Projekttitel „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieförderung“ einzurichten. Er wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert. Schwerpunktaufgaben sollen die demokratietheoretische Grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung sowie die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen, aktuellen politischen wie auch historischen Entwicklungen sein.

Der Forschungsbereich am Demokratiezentrum soll sich explizit folgenden drei Teilprojekten widmen: Demokratie und ihre Gefährdung von rechts in Hessen (DemoGIS Hessen), vertiefende Analyse von dokumentierten Beratungsfällen sowie Forschungen zu Rassismus in Hessen, z. B. im schulischen und außerschulischen Kontext.

Dadurch, dass das Projekt an das Demokratiezentrum Hessen angebunden ist, erhofft man sich besondere Synergieeffekte. Denn das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg als Fach- und Geschäftsstelle des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und

gegen Rechtsextremismus“ ist zudem Träger der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen“ (RIAS Hessen) und koordiniert seit Jahren viele Maßnahmen im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“. Zudem zeichnet das Demokratiezentrum auch verantwortlich für den weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“.

Mit dem neuen, landesweiten Forschungs- und Weiterbildungsbereich werden nun wissenschaftliche Arbeit und Beratungsarbeit in den Bereichen Demokratieförderung, Rechtsextremismus-Bekämpfung und Antirassismus sowie Weiterbildung unter einem Dach gebündelt.

Der Forschungs- und Weiterbildungsbereich „Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieförderung“ am Demokratiezentrum Hessen ist zunächst für den Zeitraum von 2022 bis 2026 bewilligt.

Weitere Informationen zum Forschungs- und Weiterbildungsbereich:

► <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum>

► <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum/forschung/1-laufende-projekte/1-1-rechtsextremismus-rassismus-und-demokratieforderung-forschung-und-wissenschaftliche-weiterbildung-1>

7.3 „Extreme Zeiten“: Demokratiezentrum Hessen produziert neue Podcast-Reihe



Um noch stärker auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam zu machen und mehr Menschen zu erreichen, setzt das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg auch auf das immer beliebter werdende Medium selbst produzierter Audio-Podcasts. Die erste Folge erschien im November 2022.

Was ist eigentlich Antisemitismus und welche Folgen hat er heute? Was ist Antiziganismus? Wann beginnt Rassismus? Was kann man tun gegen rechtsextreme Stimmungen in der Schule oder rassistische Parolen am Arbeitsplatz und Stammtisch? Was mache ich, wenn mein Kind droht, in die rechte Szene abzudriften? Wie rede ich mit Menschen, die an Verschwörungsmysen glauben? Wie kann man unsere Demokratie im Großen wie im Kleinen stärken? Diese und ähnliche Fragen werden in der neuen

Podcast-Reihe des Demokratiezentrums Hessen unter dem Titel „Extreme Zeiten“ aufgegriffen und mit kompetenten Gästen aus der Wissenschaft und der Praxis in verständlicher und ansprechender Form diskutiert.

Monatliche Schwerpunktthemen

Einmal im Monat werden Mitglieder aus dem „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und andere Expertinnen und Experten über Hintergründe zu einem Schwerpunktthema befragt, Einblick in ihre Arbeit geben, von ihren Erfahrungen berichten und Handlungsempfehlungen aussprechen zu Problemen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder Verschwörungen.

Die Moderation der Interview-Podcast-Reihe „Extreme Zeiten“ übernimmt Angela Fitsch, langjährige frühere Redakteurin und Moderatorin beim Hessischen Rundfunk (u. a. der mehrfach preisgekrönten Sendung „Der Tag“). Die verantwortliche Redaktion, Themenwahl und Umsetzung der Podcasts liegen beim Demokratiezentrum Hessen.

Die erste Folge des neuen Podcasts im November 2022 beschäftigte sich mit der Frage „Was sind Reichsbürger?“.

Die Podcast-Folgen können auf der Website

► <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/extreme-zeiten/> und bei allen gängigen Podcast-Anbietern jederzeit angehört und heruntergeladen werden.

7.4 Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen mit neuem Internetauftritt



weil im Sommer 2021 die Trägerschaft zu „Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie“ e. V. gewechselt hatte. Der Verein besteht aus erfahrenen Beraterinnen und Beratern und ist seit langer Zeit Mitglied im Beratungsnetzwerk Hessen. Als bürgernahen Anlaufpunkt wurden für die Regionalstelle Süd Räume in Darmstadt angemietet. Auch ein neuer Image-Flyer über die Arbeit und Angebote wurde erstellt, der bei der Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen angefordert werden kann.

Die Kontaktdaten:
Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, c/o Greet Hotel, Hilpertstraße 27, 64295 Darmstadt, Tel: 0157 / 52 411 483, Web: www.regionalstelle-sued.de, E-Mail: kontakt@regionalstelle-sued.de

Optisch frisch, inhaltlich aktualisiert: Die Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus schuf sich Anfang 2022 einen neuen Webauftritt in neuem luftigem Outfit und wirbt für ihre Angebote. Der bisherige Webauftritt der Regionalstelle Süd wurde überarbeitet und übersichtlich strukturiert,

7.5 Lektion gelernt? Fachtagung im September sprach über Auswirkungen und Folgen der Anschläge von Halle und Hanau

Rund 110 Fachleute kamen Ende im September 2022 auf Einladung des Demokratiezentrum Hessen in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) zu einer zweitägigen Fachtagung in Butzbach zusammen. Titel: „Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Bewältigung durch Zivilgesellschaft und Politik“. Dabei wurden erste Zwischenergebnisse einer gleichnamigen, seit 2021 gemeinsam durchgeführten Forschungsstudie des Deutschen Jugendinstituts und des Demokratiezentrum Hessen vorgestellt, in der unterschiedliche Sichtweisen auf die lokalen und überregionalen Auswirkungen der Anschläge einerseits von Halle im Oktober 2019 und andererseits von Hanau im Februar 2020 erhoben werden. Mittels verschiedener Interviews vor Ort untersucht die Studie erstmals und als gemeinsames Projekt die Folgen, die angestoßenen Entwicklungen und not-

wendige Bedarfe in den beiden Kommunen nach den Anschlägen. Herausgefunden werden soll, wie Zivilgesellschaft, Politik und Fachstellen vor Ort nach solchen Ereignissen zusammenarbeiteten. Welche Hilfe wurde geleistet oder versäumt? Wie gestaltete sich die Koordinierung verschiedener Abläufe der unterschiedlichen Stellen und Akteure? Und welche Schlüsse lassen sich für die Präventionsarbeit in Zukunft daraus ziehen, um bessere Unterstützung leisten zu können? Die vorwiegend aus Hessen, aber auch aus Halle/Sachsen-Anhalt kommenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Butzbacher Tagung diskutierten in Form von Vorträgen, Diskussionsrunden, Workshops und Gesprächen vornehmlich die Frage, was aus Anschlägen wie in Halle und Hanau dringend gelernt werden muss. Außerdem fungierte die Tagung als Vernetzungstreffen des Beratungsnetz-



Podiumsdiskussion mit (von links) Moderator Pit von Bebenburg („Frankfurter Rundschau“), Andreas Jäger (Stadt Hanau), Oliver Dainow (Jüdische Gemeinde Hanau, Landesverband der jüdischen Gemeinden Hessen), Liisa Pärssinen (Opferberatungsstelle „response Hessen“), Ismet Tekin (Soligruppe Café Tekiez/Kiez-Döner, Halle) und Prof. Dr. Fabian Virchow (Hochschule Düsseldorf). Foto: Demokratiezentrum Hessen

werks Hessen und diente zum persönlichen, endlich wieder mal in Präsenz stattfindenden (Erfahrungs) Austausch der Netzwerkmitglieder.

Siehe auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2022/09/19/fachtag-diskutierte-ueber-anschlaege-von-halle-und-hanau-und-die-folgen-fuer-die-beratungs-und-praeventionsarbeit/>

7.6 Auch 2022 großes Interesse an Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin“

Seit 2015 stellt das Beratungsnetzwerk Hessen eine mobile Leih-Ausstellung unter dem Titel „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ Schulen, Vereinen, Parteien, Initiativen und anderen interessierten Institutionen kostenfrei zur Verfügung. Dazu gibt es eine eigene begleitende Website mit Zusatzinformationen und Lehrmaterialien. Die derzeit 26 Roll-Ups umfassende Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für die praktische Informations- und Präventionsarbeit des Beratungsnetzwerks Hessen, was auch die große Nachfrage danach belegt. Trotz noch anhaltender Pandemiefolgen wurde die Ausstellung 2022 insgesamt sechs Mal – jeweils über einen längeren Zeitraum – verliehen. So war sie zu sehen in Marburg, Melsungen, Maintal, Alsfeld, Dillenburg und noch mal in Marburg. Außerdem wurde mehrfach die alternativ zur Präsenzausstellung an-

gebotene Möglichkeit des Selbstaudrucks einer von Demokratiezentrum Hessen zur Verfügung gestellten Posterdatei mit den einzelnen Roll-Up-Darstellungen gerne und auch bundesweit genutzt. Nähere Informationen zur Ausstellung und den Ausleihbedingungen gibt es unter <http://www.rechts-aussen.de/>



7.7 Publikationen

7.7.1 Folder „Das Jahr in Zahlen 2021“ und ausführlicher Jahresbericht 2021



Im vorigen Jahr produzierte das Demokratiezentrum Hessen wieder vorab einen praktischen, übersichtlichen Folder, der alle wichtigen Zahlen, Daten und Aktivitäten des Beratungsnetzwerks Hessen im vorangegangenen Jahr beinhaltet.

Das im Februar 2022 erschienene 6-seitige DIN-A-4-Faltblatt „Das Jahr 2021 in Zahlen“ sollte bereits sehr frühzeitig die wesentlichen Fakten des Vorjahrs in Kurzform zusammenzustellen und der Öffentlichkeit vorstellen, bevor dann später im Jahr der umfangreiche Jahresbericht des Beratungsnetzwerks folgte. Siehe Folder-PDF https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/endversion-BNH_2021inZahlen.pdf

Im August veröffentlichte das Demokratiezentrum dann seine ausführliche Bilanz der im Jahr 2021 erfolgten Aktivitäten, Tätigkeiten und Neuerungen im Beratungsnetzwerk Hessen. Mit den regelmäßigen umfangreichen Jahresberichten wird nicht nur eine Art jährlicher Rechenschaftsbericht vorgelegt, son-

dern damit soll auch eine breite Öffentlichkeit auf die vielfältigen Aufgaben, Arbeiten und Herausforderungen des Netzwerks und des Demokratiezentrums als seiner Geschäftsstelle aufmerksam gemacht und die von Bund und Land geförderte Einrichtung grundsätzlich vorgestellt werden. Integriert ist in dem Bericht als Kernstück eine ausführliche statistische Auswertungsübersicht der Beratungsfälle sowie der Bildungs- und Präventionsmaßnahmen des Jahres 2021. Daneben finden sich Berichte, Bilanzen und Ausblicke aus der praktischen Arbeit vor Ort, Texte über alle Neuigkeiten im Beratungsnetzwerk, über Treffen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen sowie zur Finanzierung und zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der 68 Seiten umfassende Jahresbericht 2021 liegt in einer Online- und Druckversion vor.

(siehe PDF: https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2022/08/Endfassung-Jahresbericht-DZ-Hessen-22-8-2022_bnwh_JB2021.pdf)

7.7.2. Neue Ausgaben der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ bietet ein wissenschaftliches Forum für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie ist eine Plattform für den gegenseitigen Austausch guter Ansätze aus Wissenschaft und Praxis gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus und anderen Abwertungs- und Ausgrenzungsphänomenen und erscheint zweimal im Jahr. Im Redaktionsteam der Wissenschaftszeitschrift sind maßgeblich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Demokratiezentrums Hessen vertreten, wo auch die Themen- und Beitragskoordination sowie die Redaktion stattfindet.

Der Schwerpunkt des ersten Hefts im vorigen Jahr



1/2022 war dem Verhältnis von Rechtsextremismus und Geschlecht gewidmet. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Möglichkeiten und Herausforderungen einer geschlechtersensiblen politischen Bildungs- und Beratungsarbeit. Denn Geschlecht und Geschlechterbilder spielen eine wichtige Rolle in Ideologie und Mobilisierung der rechtsextremen Szene. Doch Geschlechterverhältnisse verändern sich und führen zu personellen und ideologischen Veränderungen auch innerhalb der autoritären und extremen Rechten.

Neben den Schwerpunktbeiträgen zum Hefttitel „Geschlechtersensible politische Bildung. Das rechtsextreme Geschlechterbild – Modernisierungsprozess + ideologischer Kern“ gibt es u. a. wie immer einen „Marktplatz“ mit interessanten Meldungen und Informationen zum Thema sowie Buchbesprechungen.

Die zweite Ausgabe 2/2022 befasste sich mit den Fragen „Was ist Wissenschaftsfeindlichkeit? Wie äußert sie sich, wer sind ihre Akteure und welche ideologischen und strategischen Hintergründe hat sie?“ Denn wie selten zuvor spielte Wissenschaft in der Covid-19-Pandemie



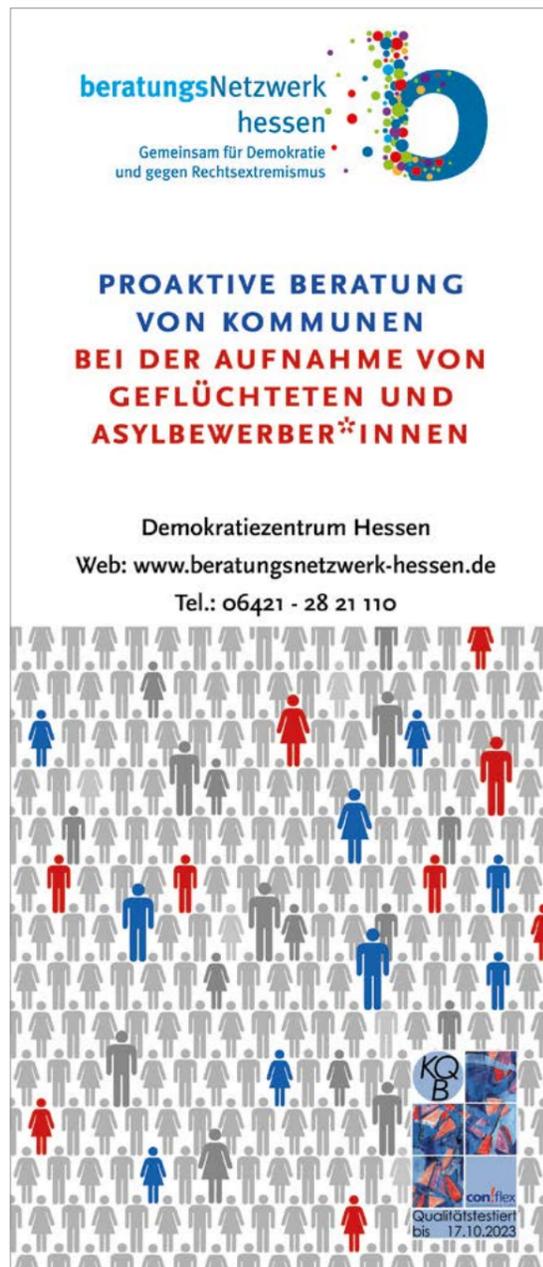
eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs. Wissenschaft und ihre Akteur*innen sahen sich schnell Infragestellungen, schweren Anfeindungen und Ablehnung ausgesetzt. Hinter dieser Wissenschaftsfeindlichkeit steckt oftmals eine Strategie, die das Ziel verfolgt, wissenschaftliche Prozesse und Erkenntnisse zu delegitimieren. Diese Ausgabe der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ befasst sich mit Phänomenen und Positionen der Wissenschaftsfeindlichkeit und nimmt Wissenschaftskommunikation und die große Bedeutung der Wissenschaft für die Demokratie in den Blick.

Zielgruppe der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ sind vornehmlich Akteure in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen, der Erwachsenenbildung, der Mobilen Beratung und der Opferberatung, der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, themenrelevanten Verbänden und Vereinen, der Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt sowie der Sozial-, Politik- und Erziehungswissenschaft, der Soziologie und der Kriminologie. Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ erscheint in der Regel zweimal im Jahr im Wochenschau Verlag, der zum Kennenlernen allen Interessierten das jeweils aktuelle Heft kostenlos als Gratis-Probeheft zur Verfügung stellt.

Informationen siehe: <https://demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de/>

und <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/demokratiezentrum/wissenschaftliche-publikationen/zeitschrift-macht-sich-fuer-demokratie-stark/>

7.7.3. Aus aktuellem Anlass: Flyer zur Beratung für Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten neu aufgelegt



Im Frühjahr 2022 – unmittelbar nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine – erstellte das Demokratiezentrum Hessen seinen Flyer zur Beratung für Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten neu. Denn die täglichen Nachrichten aus der Ukraine erschütterten alle sehr, durch den sinnlosen Angriffskrieg kamen und kommen noch immer täglich

Menschen ums Leben und viele sind auf der Flucht – auch nach Deutschland und Hessen.

Das Demokratiezentrum Hessen hatte daher seinen Flyer „Proaktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerber*innen“ im März 2022 überarbeitet, ergänzt, aktualisiert und neu aufgelegt, um vor allem Städte und Gemeinden in der schwierigen Lage auf das Angebot des Beratungsnetzwerks aufmerksam zu machen.

Das spezielle Angebot für Kommunen war bereits 2015 konzipiert worden. Neben der Kommunenberatung umfasst das Angebot auch die Begleitung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen bei der Schaffung einer „lokalen Willkommenskultur“. Denn mittelfristig sind auch Konflikte in Gemeinwesen nicht auszuschließen, die mit der Aufnahme von Geflüchteten einhergehen könnten – auch hierzu bieten die Teams Unterstützung an.

Siehe dazu auch <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/2022/03/25/aus-aktuellem-anlass-flyer-zur-beratung-fuer-kommunen-bei-der-aufnahme-von-gefluechteten-ueberarbeitet-und-neu-aufgelegt/>

Download des Flyers „Proaktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerber*innen“ hier https://beratungsnetzwerk-hessen.de/wp-content/uploads/2022/03/final-Maerz-2022-Neuaufgabe_bnwh-Flyer-Proaktive-Kommunenberatung.pdf



8. VERNETZUNG, AUSTAUSCH, WEITERENTWICKLUNG

Persönliche Begegnungen und intensiver Erfahrungsaustausch untereinander – das sind Grundvoraussetzungen für eine effektive Vernetzungsarbeit, damit gemeinsame Ziele gestärkt umgesetzt werden können und die Arbeit kontinuierlich weiterentwickelt wird. Das gilt auch für das Beratungsnetzwerk Hessen in seinem Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Zahlreiche Treffen, interne Runden, regelmäßige Gremiensitzungen wie auch Fachtagungen oder Workshops bieten dafür angemessen Platz und Gelegenheit, das starke Geflecht des Netzwerks zu stabilisieren und auszubauen. Nach der schwierigen Corona-Pandemie konnten viele dieser Treffen wie in der Vergangenheit wieder gewohnt stattfinden; die meisten in Präsenz, einige aber auch im auch Vorteile bringenden und zwischenzeitlich gut eingeübten Online-Format.



Nach langer Corona-Zeit fand wieder das erste Vernetzungstreffen in Präsenz am 28. April 2022 in Marburg statt. Foto Tina Dürr / Demokratiezentrum

8.1 Regelmäßige Vernetzungstreffen

Normalerweise finden regelmäßig drei Mal im Jahr interne sogenannte Vernetzungstreffen des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ statt. Die Treffen werden vom Demokratiezentrum einberufen, organisiert und dienen neben dem Austausch über Grundfragen bestehender Beratungsprozesse auch zur inhaltlichen und konzeptionellen Planung und Abstimmung von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen sowie dem intensiven Informationsaustausch über aktuelle Entwicklungen zu Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen. Nach der langen Corona-Zeit konnten im vergangenen Jahr endlich wieder Präsentreffen durchgeführt werden.

Am 28. April 2022 fand nach zweieinhalb Jahren ein Vernetzungstreffen des Beratungsnetzwerks Hes-

sen erstmals wieder „leibhaftig“ statt. Im TTZ-Tagungszentrum in Marburg kamen insgesamt rund 100 Fachleute, Mitglieder des Netzwerks und seiner Partner, zusammen, um sich wieder von Angesicht zu Angesicht auszutauschen, Erfahrungen zu teilen, aktuelle Situationen zu analysieren und über die Weiterentwicklung der Arbeit im Beratungsnetzwerk zu diskutieren. Wertvolle, Impuls gebende Anregungen dazu lieferte am Vormittag ein analytischer, interessanter wie nachdenklicher Vortrag von Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums Hessen, mit dem Thema „Von der Pandemie zur Zeitenwende“, das am Nachmittag in Kleingruppen vertieft wurde.

Am 11. November 2022 kamen rund 70 Fachleute aus dem Beratungsnetzwerk Hessen, den Partnerschaften für Demokratie (PfD), der Fach-DEXT-Stellen in den Kommunen sowie Interessierte

aus ganz Hessen am letzten Vernetzungstreffen des Jahres 2022 zusammen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten Informationen und Erfahrungen aus, lernten sich weiter näher kennen, knüpften neue Verbindungen und sprachen über gegenwärtige Entwicklungen und Bedarfe im Kampf gegen Extremismus. Am Vormittag des Treffens in Marburg stand ein Vortrag mit dem Titel „Rechter Terror in Hessen nach 1945 – Einblick in die Forschungsergebnisse einer anstehenden Buchveröffentlichung“ im Mittelpunkt. Yvonne Weyrauch (Bildungszentrum Wetzlar) und Sascha Schmidt (DGB Hessen-Thüringen) referierten über ihr kurze Zeit später

erschienenes und vom Demokratiezentrum gefördertes gleichnamiges Buchprojekt und die darin zu findenden Datensammlungen, Analysen und zentralen Erkenntnisse zur langen Geschichte rechten Terrors in Hessen. Am Nachmittag gab es einen freien Austausch in Kleingruppen zu verschiedenen selbst gewählten aktuellen Themen und Problemen. Als drittes Vernetzungstreffen des Jahres 2022 fungierte der zweitägige Fachtag „Lessons learnt? Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau: Bewältigung durch Zivilgesellschaft und Politik“ am 15. und 16. September 2022 in Butzbach (siehe dazu Kapitel. 7.5)

8.2. Austausch bei Treffen der mobilen Beratungsteams

Auch die mobilen Beraterinnen und Berater des Beratungsnetzwerks treffen sich in der Regel drei Mal im Jahr zu projektrelevanten Themen und zur kollegialen Fallberatung. Dabei werden gemeinsam mit der Leitung des Demokratiezentrums intern Erfahrungen ausgetauscht, evtl. Probleme angesprochen und zu lösen versucht sowie die künftige Arbeit der Intervention, Prävention und Beratung besprochen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor

Ort an der Basis leisten. 2022 gab es am 22. Februar ein außerordentliches Online-Berater*innen-Treffen zum Thema „Corona-Spaziergänge“. Ein weiteres Online-Treffen gab es am 25. März. Am 24. Juni trafen sich die Beraterinnen und Berater dann wieder in Präsenz in Marburg. Schließlich gab es am 20. und 21. Oktober noch eine zweitägige Berater*innen-Klausur in Imshausen.

8.3 Qualitätszirkel-Treffen für die Weiterentwicklung

Mehrmals im Jahr und nach Bedarf finden des Weiteren Treffen des sogenannten Qualitätszirkels des Beratungsnetzwerks Hessen statt. Denn die kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -überprüfung der Arbeit und Angebote ist eine Daueraufgabe des Demokratiezentrums und des Netzwerks, auf die besonderer Wert gelegt wird. So wurde das Beratungsnetzwerk Hessen bundesweit als erstes Beratungsnetzwerk bei der ArtSet Qualitätstestierung GmbH im Januar 2011 zum ersten Mal qualitativ getestet. Zuletzt wurde es 2019 für vier weitere Jahre erfolgreich retestiert.

Der Qualitätszirkel ist eine Arbeitsgruppe, die 2009 gegründet wurde und strategische Entwicklungsziele formuliert sowie die Prozesse des Qualitätsmanage-

ments unterstützt. Er setzt sich aus Mitgliedern des Beratungsnetzwerks zusammen und bildet dabei die verschiedenen Akteursgruppen des Beratungsnetzwerks ab: Lenkungsgruppe, Demokratiezentrum, Expertenpool, Berater*innen.

Die Aufgaben des Qualitätszirkels umfassen die systematische Erörterung von Qualitäts- und Verfahrensfragen, Ideenmanagement für Entwicklungsziele, Evaluationen von Beratungsnehmer*innen und Teams, Qualitätschecks sowie Entwicklung und Realisierung konkreter Indikatoren zur Überprüfung. Die Mitglieder des Qualitätszirkels tauschten sich 2022 pandemiebedingt nur einmal aus und zwar online am 22. März.

8.4 Treffen der Lenkungsgruppe – Strategie und Zukunftsfragen

In halbjährlichen Abständen, oder aus besonderem Anlass, trifft sich die Lenkungsgruppe, die für die Fortentwicklung des Projekts im Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ zuständig ist. Sie setzt sich paritätisch aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern zusammen. Die Lenkungsgruppe leitet strategisch die Umsetzung des Programms, verantwortet und steuert die Aktivitäten im Netzwerk, gewährleistet einen regelmäßigen Informationsaustausch mit den Landesres-

sorts über die Arbeit des Beratungsnetzwerks und der mobilen Beratungsteams, implementiert weitere erforderliche Ressourcen, die für eine qualitative Arbeit notwendig sind, nimmt gegenüber dem Demokratiezentrum die Aufsichtsfunktion wahr und entscheidet über die Aufnahme neuer Mitglieder im Beratungsnetzwerk Hessen.

Im Jahr 2022 fanden Treffen der Lenkungsgruppe am 14. März und am 17. Oktober statt – jeweils als Videokonferenz.

8.5 Treffen der „Partnerschaften für Demokratie

„Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) sind lokale bzw. regionale Bündnisse, in denen Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickelt und umgesetzt werden. Das 2020 neu aufgelegte Bundesprogramm „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ unterstützt weiterhin gezielt kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) beim Aufbau der „Partnerschaften für Demokratie“, die zusätzlich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert werden.

Damit soll bewusst ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene gefördert werden. So werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z. B. Rassismus oder Antisemitis-

mus arbeiten.

2015 wurde ein eigenes Austauschtreffen für die hessischen Partnerschaften für Demokratie etabliert, das in der Regel zwei Mal jährlich mit Vertreter*innen des Demokratiezentrums stattfindet. Diese Treffen dienen sowohl der Abstimmung von Arbeitsprozessen als auch der spezifischen Fort- und Weiterbildung, die u. a. über das Demokratiezentrum organisiert und angeboten werden können.

Da die Partnerschaften eine immer größere Rolle als kommunales Bindeglied für die verschiedenen Angebote spielen, die vom Demokratiezentrum koordiniert werden, sind diese Treffen für alle Beteiligten besonders bedeutend. Derzeit gibt es in Hessen 38 „Partnerschaften für Demokratie“ (Stand: Januar 2023).

2022 fanden am 2. und 3. Mai eine Klausur der hessischen „Partnerschaften für Demokratie“ (Pfd) in Ebsdorfergrund-Rauischholzhausen sowie am 5. Dezember ein Vernetzungstreffen der Pfd in Marburg statt.

8.6 Weitere Treffen

Des Weiteren fanden – überwiegend online – auch Treffen der sogenannten Konzeptwerkstätten als besonderem Format zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung statt. Die Konzeptwerkstätten sind interdisziplinäre, phänomenübergreifende Arbeitsgruppen hessischer Träger in einem speziellen

gemeinsamen Arbeitsfeld unter der Leitung des Demokratiezentrums Hessen bzw. RIAS Hessen.

In der Konzeptwerkstatt „Extrem gut!“ vernetzen sich Mitarbeiter*innen, die in der Prävention von religiös begründetem Extremismus und/oder Rechtsextremismus tätig sind, um gemeinsam methodi-

sche Fragestellungen und Herausforderungen der verschiedenen Arbeitsfelder zu reflektieren und zu bearbeiten. Die Konzeptwerkstatt „Extrem gut!“ traf sich im vorigen Jahr einmal in virtueller Form am 22. November.

In der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“ der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) ((s. Kapitel 5) kommen Akteur*innen der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, Betroffenenberatung oder der Antisemitismusforschung aus Hessen zum fachlichen Austausch zusammen. Treffen der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“ fanden im vorigen Jahr am 17. Mai und am 29. November statt und wurden jeweils online durchgeführt

Aus der Konzeptwerkstatt „Antisemitismus“ ist schließlich die Idee von „Antisemitismus-Werkstattgesprächen“ als öffentliches Veranstaltungsformat entstanden. In diesem Forum werden gemeinsam mit externen Expert*innen antisemitische Erscheinungsformen und aktuelle Fragen diskutiert. 2022 gab es zwei solcher öffentlicher „Antisemitismus-Werkstattgespräche“: Am 29. April gab es ein Online-„Werkstattgespräch“ mit Jonathan Kalmanovich und Dr. Thomas Haurly mit dem Titel „Antisemitismus nach

der Shoah und gegen Israel. Gegenwärtige Konstellationen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft“. Das Thema des Online-„Werkstattgesprächs“ am 25. Oktober mit Dr. Reemko Lemhuis (AJC Berlin) und Deborah Hartmann und Lucas Frings (Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz) lautete „Alltag Antisemitismus: Gegenwärtige Debatten“. Schließlich gibt es enge Kooperationen des Beratungsnetzwerks Hessen mit den sogenannten DEXT-Stellen. Diese „Fachstellen für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention“ (kurz DEXT) können seit Beginn der zweiten Förderperiode des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ (2020–2024) in jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt und jeder Sonderstatus-Stadt eingerichtet werden und sollen auf lokaler und regionaler Ebene zu allen Phänomenbereichen des Extremismus Ansprechpartner sein, wobei sich die Schwerpunkte der Arbeit an den örtlichen Bedarfen orientieren sollen. Mehr dazu beim Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) ▶ <https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-a/dext>

8.7 Modulare Weiterbildung sichert Professionalität

Das Beratungsnetzwerk Hessen legt großen Wert auf eine professionelle, einheitlich qualitative Weiterbildung von Beraterinnen und Beratern. Deshalb organisiert das Demokratiezentrum Hessen seit langem gezielt Fortbildungsseminare als modulare Weiterbildungsreihe. Bereits seit 2012 wird die modulare Weiterbildungsreihe „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ vom Demokratiezentrum Hessen koordiniert und in Kooperation mit dem Systemischen Institut Tübingen durchgeführt. Die Weiterbildungsreihe richtet sich überwiegend an mobile Berater*innen sowie darüber hinaus an Berater*innen der Opferberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung. Seit 2016 wird diese Weiterbildungsreihe auch bundeslandübergreifend angeboten.

2022 nahmen insgesamt 49 Berater*innen an den Kursangeboten teil. Es fand neben einem neuen

Grundkurs, der aus vier dreitägigen Modulen bestand, ein Aufbaukurs statt, der drei dreitägige Module umfasste. Daneben fand ein Supervisionskurs mit jeweils zwei Veranstaltungen für die jeweiligen Ausbildungsjahrgänge statt, in denen die Berater*innen gemeinsam die Erfahrungen in der Anwendung des erworbenen Handwerkszeugs reflektieren.

Insgesamt haben bis Ende vorigen Jahres bereits 206 Mobile Berater*innen, Opfer- und Ausstiegsberater*innen aus allen Bundesländern an der modularen Weiterbildung „Systemische Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ teilgenommen. Da die Anfragen im vergangenen Jahr 2022 sehr hoch waren, sollen künftig mehr Grundkurse und Supervisionskurse angeboten werden. Nähere Informationen

▶ <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/weiterbildung/>

9. FINANZIERUNG

Finanzielle Förderung

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS

Die Arbeit des „Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und des Demokratiezentrum Hessen als dessen Fach-, Koordinierungs- und Geschäftsstelle wird aus Fördermitteln des Bundes und des Landes finanziert.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (beide Programme aktuell mit Laufzeit vom 01.01.2020 bis 31.12.2024).

Die Fördermittel müssen jeweils aktiv beantragt und ein ausführlicher Verwendungsnachweis über die Ausgaben geführt werden. Neben dem Demokratiezentrum selbst werden mit den Mitteln Träger im Beratungsnetzwerk finanziert, die in der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und in der Distanzierungsberatung tätig sind.

2022 standen für die Arbeit insgesamt 2.905.225,98 Euro zur Verfügung: 1.731.185,61 Euro aus dem oben genannten Bundesprogramm und 1.174.040,37 Euro aus dem hessischen Landesprogramm.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Um die Arbeit und das Wirken des Beratungsnetzwerks und des Demokratiezentrum Hessen in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und die interne und externe Kommunikation zu fördern, gibt es beim Demokratiezentrum Hessen eine kleine Pressestelle mit einem ausgebildeten Journalisten als Ansprechpartner für die Medien sowie für Mitglieder des Beratungsnetzwerks in Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Halbtagsstelle) (Kontaktdaten siehe Info-Kasten nächste Seite unten).

Aufgabe der Pressestelle ist daneben u. a. die regelmäßige Pflege der Website des Demokratiezentrum und des Beratungsnetzwerks Hessen mit einem aktuellen Veranstaltungskalender, mit News und Informationen zu den vielen Angeboten des Netzwerks sowie des Facebook-Auftritts. Sie ist außerdem verantwortlich für die Leihausstellung „RECHTSaußen – MITTENDrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ und deren Begleit-Website.

Im vorigen Jahr 2022 war die Expertise des Demokratiezentrum und Beratungsnetzwerks Hessen in den Medien weiterhin insbesondere zum Thema „Querdenker“-Bewegung und „Corona-Leugner“ sowie zum Thema „Reichsbürger“ – vornehmlich nach der diesbezüglichen bundesweiten Razzia im Dezember – gefragt. Auch Einschätzungen zu rassistisch motivierter Gewalt, zu den Gefahren für die Demokratie oder zur Antisemitismus-Kritik gegen die „documenta 15“ wurden nachgefragt. Aber auch sonst berichteten Presse, Hörfunk und Fernsehen immer wieder über unsere Arbeit und fragten nach fachlichen Informationen. Untenstehend eine kleine Auswahl des Medienechos 2022. Aus urheberrechtlichen Gründen werden hier nur Medienbeiträge mit einer öffentlich zugänglichen URL und der jeweiligen Artikelveröffentlichung als Link angegeben (Abfragestand: Juni 2023).

- „Jugendliche sind der Schlüssel“ (14.01.2022, „Gießener Allgemeine“) ▶ <https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/jugendliche-sind-der-schluessel-91237867.html>
- Deutsch4You – Wir alle haben Vorurteile (03.02.2022, „Schwalm-Eder-Kreis News – seknews“) ▶ <https://www.seknews.de/2022/02/03/deutsch4u-wir-alle-haben-vorurteile/>
- Hassopfer: Mehr als 200 Fälle für Beratungsnetzwerk (07.03.2022, „Süddeutsche Zeitung“) ▶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-marburg-hassopfer-mehr-als-200-faelle-fuer-beratungsnetzwerk-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220307-99-421410>
- Neue Meldestelle gegen Antisemitismus in Hessen (01.04.2022, „Zeit online“) ▶ https://www.zeit.de/news/2022-04/01/neue-meldestelle-gegen-antisemitismus-in-hessen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F
- Rassistische Forscherin im Interview: Darum will die Uni Marburg Berater gegen Rechtsextremismus ausbilden (08.05.2022, „Hessischer Rundfunk“) ▶ <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/rassismus-forscherin-darum-will-die-uni-marburg-berater-gegen-rechtsextremismus-ausbilden-studiengang-rechtsextremismus-marburg-100.html>
- Hessen: Rassistische Attacken und Beleidigungen (09.06.2022, „Frankfurter Rundschau“) ▶ <https://www.fr.de/rhein-main/hessen-rassistische-attacken-und-beleidigungen-91601554.html>
- Neue Antisemitismusvorwürfe gegen die documenta (28.07.2022, „Zeit“) ▶ <https://www.zeit.de/kultur/kunst/2022-07/documenta-fifteen-antisemitismusvorwurf-broschure-algerien>
- Neue Podcastreihe „Extreme Zeiten“ (30.11.2022, „Gießener Anzeiger“) ▶ <https://www.giessener-anzeiger.de/stadt-giessen/neue-podcastreihe-extreme-zeiten-91949250.html>

10. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- Experte: Mehr Sensibilisierung beim Thema Reichsbürger nötig (08.12.2022, „Zeit“) > <https://www.zeit.de/news/2022-12/08/experte-mehr-sensibilisierung-beim-thema-reichsbuerger-noetig>
- Wer ist Heinrich XIII. Prinz Reuß? (Video-Interview, 08.12.22, „Hessenschau“) > <https://www.hessenschau.de/panorama/wer-ist-reichsbuerger-heinrich-xiii-prinz-reuss-v3-reichsbuerger-prinz-100.html>
- Terror-Razzia: 1000 „Reichsbürger“ in Hessen aktiv (08.12.2022, „Frankfurter Rundschau“) > <https://www.fr.de/rhein-main/terror-razzia-1000-reichsbuerger-in-hessen-aktiv-91964553.html>

Weitere Informationen für die Presse auf unserer Webseite: > <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/>, Informationsmaterialien siehe: > <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/info-material/>

Alle zwei Monate regelmäßige Monitoring-Berichte über Lagebild in Hessen

Ein fester Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen sind auch die regelmäßigen, übersichtlichen Monitoring-Berichte. Sie dokumentieren unterschiedliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten im Bereich Rechtsextremismus und aus dem rechts-extremen Milieu sowie damit einhergehende anti-demokratische und menschenfeindliche Vorkommnisse, Aktivitäten und Auffälligkeiten in Hessen in einem bestimmten Zeitraum.

Die Monitoring-Berichte erscheinen in regelmäßigen Abständen – in der Regel zweimonatlich, sechs Mal im Jahr. Das Demokratiezentrum stellt die gestalteten Berichte, die nur als Online-Ausgaben

erstellt werden (nicht als gedruckte Exemplare), auch auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung. Grundlage der Monitoring-Recherchen sind öffentlich zugängliche, offizielle und selbst recherchierte Quellen wie Polizeiberichte, Presse- und Medienberichte, Internetpräsenzen und Beiträge in sozialen Netzwerken. Die Monitoring-Berichte werden seit 2019 vom Frankfurter Medienbüro „achtsegel.org“ im Auftrag des Demokratiezentrum Hessen recherchiert und erstellt. Siehe auch die Monitoring-Jahresübersicht im Kapitel 4 dieses Jahresberichts!

Nähere Informationen > <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/infos-presse/monitoring-berichte/>

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Die Pressestelle ist vormittags besetzt und telefonisch erreichbar in der Regel montags bis freitags von ca. 9 bis 13 Uhr.

Kontaktdaten:

Gerolf Nittner

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk

Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen

Rechtsextremismus

Philipps-Universität Marburg

Institut für Erziehungswissenschaft

35032 Marburg

Tel.: 0 64 21 / 28 - 23 027

E-Mail: gerolf.nittner@staff.uni-marburg.de

Web: > www.beratungsnetzwerk-hessen.de

> www.facebook.com/Beratungsnetzwerk

> <https://rechts-aussen.de/>

11. ANHANG

DIE MITGLIEDER DES BERATUNGSNETZWERKS HESSEN / EXPERTENPOOL

Dem „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ gehören zahlreiche Institutionen, Organisationen und Verbände – staatliche und freie Träger – aus Hessen an. Sie bilden ein professionelles Netzwerk und unterstützen als „Expertenpool“ kompetent und zeitnah die Projekte und Arbeit der Beraterinnen und Berater vor Ort. Derzeit gehören 52 Mitglieder dem Beratungsnetzwerk Hessen an (Stand: Juni 2023); dies sind (in alphabetischer Reihenfolge mit Link auf die jeweilige Homepage):

- Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.
➤ <http://www.antifa-bi.de/>
- Arbeiterwohlfahrt Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Projekt „Menschenwürde“
➤ <https://www.awo-rtk.de/projekt-menschenwuerde/>
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
➤ <http://www.agah-hessen.de/>
- Arbeit und Bildung e. V. (Marburg) mit Projekten zu Extremismusprävention, Dialog und Vielfalt
➤ <https://www.arbeit-und-bildung.de/>
- Arbeit und Leben – DGB/VHS-Landesarbeitsgemeinschaft Hessen: „Gestaltungsraum Arbeitswelt“
➤ www.gestaltungsraum-arbeitswelt.de
- Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution (früher: International Tracing Service (ITS))
➤ <https://arolsen-archives.org/>
- Bildungsstätte Anne Frank e. V.
➤ <https://www.bs-anne-frank.de/>
- Bildungszentrum Wetzlar (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA))
➤ <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bildungszentren/die-einzelnen-bildungszentren/wetzlar>
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hessen (BDKJ)
➤ <http://www.bdkj-hessen.de/>
- DGB-Bezirk Hessen-Thüringen DGB und DGB-Jugend Hessen-Thüringen
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/>
➤ <https://hessen-thueringen.dgb.de/jugend>
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
➤ <https://www.degede.de/project/zusammenleben-neu-gestalten/>
- Die Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden
➤ <http://www.diekopiloten.de/> mit dem Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen
➤ <https://hatebreach.net/>
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
➤ <https://www.ekhn.de/home.html> mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
➤ <https://www.zgv.info/das-zentrum/demokratie-staerken.html> und dem Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN
➤ <https://www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/startseite/>
- Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
➤ <http://www.ekkw.de/index.php>
- Förderverein JVA Holzstraße e. V.
➤ <http://www.foerderverein-jva-holzstrasse.de/>
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen
➤ <https://www.gew-hessen.de/>
- Hessischer Flüchtlingsrat
➤ <http://fluechtlingsrat-hessen.de/>
- Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen
➤ <http://www.jf-hessen.de/>
- Hessischer Jugendring e. V.
➤ <https://www.hessischer-jugendring.de/> mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen (NDC)
➤ <https://www.netzwerk-courage.de/web/149.html>
- Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) (bis Anfang 2022 Polizeiakademie Hessen)
➤ <https://hoems.hessen.de/>
- Hessisches Kultusministerium
➤ <https://kultusministerium.hessen.de/>
- Hessisches Landeskriminalamt Geschäftsstelle IKARus
➤ <http://ikarus-hessen.de/>

- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
➤ <https://soziales.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
➤ <https://innen.hessen.de/> mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)
➤ <https://hke.hessen.de/>
- Hessisches Ministerium der Justiz
➤ <https://justizministerium.hessen.de/>
- Hessischer Städte- und Gemeindebund
➤ <https://www.hsgb.de/>
- HKM-Projekt (Hessisches Kultusministerium): „Gewaltprävention und Demokratielernen“
➤ <https://gud.bildung.hessen.de/>
- Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Kreis Bergstraße
➤ <http://www.fremdenfreundlich.de/>
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
➤ <https://isdonline.de/> mit dem Kompetenznetzwerk Anti-Schwarzer Rassismus (KomPAD)
➤ <https://kompad.de/>
- JAKOB e. V.
➤ <https://www.projekt-jakob.de/>
- Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V.
➤ <http://jetzt-ev.de/>
- jugendschutz.net
➤ <https://www.jugendschutz.net/>
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Qualifikationsprofessur für Didaktik der Sozialwissenschaften
➤ https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fbo3/institutefbo3/ifp/Lehrende_Team/Professor_innen/schmitt/startseite
- KUBI – Verein für Kultur und Bildung e. V.
➤ <http://www.kubi.info/>
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
➤ <https://lfv.hessen.de/>
- Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
➤ <https://www.lvjgh.de/aktuelles/>
- Makista e. V. – Bildung für Kinderrechte und Demokratie
➤ <https://www.makista.de/>
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V., Kassel (Regionalstelle Nord-/Osthessen des Demokratiezentrum Hessen)
➤ <http://www.mbt-hessen.org/>
- Netzwerk gegen Gewalt
➤ <https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/>
- Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft
➤ https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/arbeitsbereiche/eb-ajb/eb/forschung/projekte/copy_of_servicenetzwk-fuer-studierende mit dem Demokratiezentrum Hessen
➤ <https://www.uni-marburg.de/de/fb21/erzwinst/demokratiezentrum> und der daran angegliederten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Hessen
➤ <https://rias-hessen.de/>
- Regionalstelle Süd des Beratungsnetzwerks Hessen (Träger: jetzt! e. V.)
➤ <https://regionalstelle-sued.de/>
- response – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
➤ <https://response-hessen.de/%c3%bcber-uns.html>
- Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus
➤ <https://www.rote-linie.net/>
- Rumi imPuls e. V.
➤ <https://www.rumi-impuls.de/>
- Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben, Kassel
➤ <https://sara-nussbaum-zentrum.de/>
- SMOG e. V.
➤ <https://www.smogline.de/>
- Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden
➤ <https://www.spiegelbild.de>
- Sportjugend Hessen
➤ <https://www.sportjugend-hessen.de/>
- Stiftung Adam von Trotts, Imshausen e. V.
➤ <https://stiftung-adam-von-trotts.de/>
- Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung e. V. (Gießen)
➤ <https://www.tdgstiftung.de/>
- Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen
➤ <https://www.sinti-roma-hessen.de/>
- Werkstatt für Demokratieförderung e. V. (Projekte für die Demokratie – gegen Rassismus und Diskriminierung)
➤ <https://www.werkstatt-demokratie.de/>



HESSSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**